

# Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger monatlich 7,00 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46.  
Fernsprecher Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die achteckigste Zeile oder deren Raum 200 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 170 Pfg., Resten 800 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 10 Uhr vormittags, spätere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 262.

Donstag, den 8. November 1921.

28. Jahrgang.

## Die neue Regierung in Preußen.

Die Unabhängigen bezeichnen die neue Regierung in Preußen, in der zwei Volksparteier sitzen, als Kampfansage der Sozialdemokratie gegen die Arbeiterklasse. Die „Tägliche Rundschau“ spricht vom Ersinken der Volkspartei in der roten Flut. Will man ein gerechtes Urteil gewinnen, so muß man das verschwundene Ministerium mit dem neuen vergleichen: früher Ministerpräsident Stegerwald, jetzt Ministerpräsident Otto Braun; früher Innenminister Dominicus, jetzt Innenminister Karl Severing; früher Landwirtschaftsminister Herr Warmbold, jetzt Landwirtschaftsminister Dr. Wendorf; früher Handelsminister Fischbeck, jetzt Handelsminister Wilhelm Siering. Justiz- und Wohlfahrtsminister sind in den Händen des Zentrums geblieben, aber Stegerwald scheidet auch aus dem Wohlfahrtsministerium aus. Im Unterrichts- und Finanzministerium sind an die Stelle von Dr. Becker und Sämisch die Volksparteier Dr. Bötz und Dr. v. Richter getreten. Das ist eine geringfügige Verschlechterung; denn Becker, der unter politischer Leitung von Hänisch ein ganz guter Staatssekretär war, hat als Minister völlig versagt und Sämisch war Volksparteier wie sein Nachfolger. Der kleinen Verschlechterung an diesen Stellen steht die ungeheure Verbesserung der Postenbesetzung in leitenden und entscheidenden Ministerien gegenüber.

Trotzdem hätte die Sozialdemokratie niemals daran gedacht, sich mit Männern wie Bötz und v. Richter in eine Regierung zu setzen, wenn es überhaupt einen anderen Weg gegeben hätte, bald wieder in die preußische Regierung hereinzukommen. Eine solche Möglichkeit war tatsächlich nicht vorhanden. Die Wiederherstellung der alten Koalition war durch die Haltung des Zentrums und der Demokraten absolut ausgeschlossen. Aus dieser Haltung der bürgerlichen Mittelparteien konnte man nur zwei Schlussfolgerungen ziehen: entweder mußte die Sozialdemokratie aus der Regierung ausscheiden und damit rechnen, daß dies ein Abschied auf sehr lange Zeit war, oder sie mußte den Versuch machen, mit der Deutschen Volkspartei in die Regierung zu gehen und zu erproben, wie dabei die Interessen der Arbeiterklasse sahen. Zur endgültigen Abgabe an die Koalitionspolitik — nicht grundsätzlich, aber in dem Sinne, daß derzeit Zentrum und Demokraten zu reaktionär sind, um mit ihnen zusammenkommen zu können — ist noch immer Zeit. Einstweilen war das neue Preußenkabinett wesentlich besser als das alte. So wurde denn das gewagte Experiment der Regierung auf breiter (aber unsicherer) Basis unternommen.

Wäre die Arbeiterklasse heute einheitlich organisiert, wie sie es vor dem Kriege war, so hätten wir unbedingt dazu geraten, diesen Weg zu gehen. Jetzt war unser Hauptbedenken, daß Unabhängige und Kommunisten sich durch die Tatsache der neuen Regierungsbildung verleiten lassen könnten, ihre ganze Stohkraft wieder gegen die Sozialdemokratie statt gegen die Reaktion zu kehren. Das scheint nun geschehen zu wollen. Die Unabhängigen bezeichnen die Bildung der neuen Regierung als schlimmer, denn Verbrechen und Verrat, als eine Klüppelung. Zu einer solchen würde sie erst durch die Tat der Unabhängigen werden können. Wir mahnen noch einmal zur Vernunft. Das Kabinett Stegerwald war Reaktion auf allen Gebieten, Rückschritt auf der ganzen Linie. Das Kabinett Braun ist vielleicht wenigstens Fortschritt auf einigen wichtigen Gebieten. Nehmen es freilich die Unabhängigen zum Vorwand, um den Kampf innerhalb der Arbeiterklasse wieder auf die Spitze zu treiben, dann wird das Ende die gegenseitige Schwächung der beiden sozialistischen Parteien unter Triumph der Deutschnationalen sein.

Wir leugnen dabei nicht, daß die Versuchung für die Unabhängigen groß ist. Der neue Kultusminister ist durchaus ein Mann alten Geistes, ein richtiger hochholernerischer Oberlehrer. Da er nebenbei recht unbesonnen drauflos redet, wird er den Unabhängigen reichlichen Stoff zur Kritik und Satire geben. Aber was wird damit im Ernste bewiesen? Glaubt auch nur ein einziger unabhängiger Führer, daß die Sozialdemokratie sich mit ihrem Eintritt in die neue Koalition das Schulprogramm des Herrn Bötz zu eigen gemacht hätte? Miteinander in der Regierung sitzen heißt noch keineswegs immer am gleichen Strang ziehen. Innerhalb jedes Koalitionskabinetts gibt es heftige und oft langdauernde Auseinandersetzungen, ehe die Politik festgelegt ist, welche die Regierung als Gesamtheit befolgt. Auch das ist ein Stück Klassenkampf. Wie denn überhaupt der Klassenkampf sich nicht bloß auf der Straße, in der Versammlung und bei den Wahlen abspielt, sondern eben so sehr in allen Beratungszimmern, sei es des Parlaments, sei es einer Lohnverhandlung, sei es auch des Parlamentsausschusses, den man Ministerium nennt.

Und an das werden die unabhängigen Anhänger nicht glauben, daß Stinnes dem Deutschen Reiche williger Kreditgeber und weniger unerschämte Bedingungen aufgestellt habe und auch das werden die unabhängigen Anhänger nicht glauben, daß die Regierungsbildung in Preußen auf das

Reich zurückwirkt. Die Erweiterung des Kabinetts Wirth hängt von einer etwaigen Einigung über die Steuerfrage ab, und augenblicklich sieht es wahrhaftig nicht aus: als ob sie möglich wäre.

Wir wiederholen noch einmal: wir hätten gewünscht, daß der Görlicher Beschluß weder gefaßt, noch bei der Regierungsbildung in Preußen im Sinne seiner Urheber ausgeführt worden wäre. Unser einziger und wirklich ausschlaggebender Grund bei dieser Stellungnahme war der Wunsch, alles zu vermeiden, was die Einigung der Arbeiterklasse aufhalten könnte, und alles zu tun, um sie zu fördern. Denn ohne diese Einigung sieht es trübe aus mit der Zukunft der deutschen Arbeiterbewegung. Es ist letzten Endes ganz gleichgültig, ob bei den Wahlen von 1920 die Unabhängigen auf Kosten der Sozialdemokraten gewonnen; bei den Wahlen von 1921 die Sozialdemokraten auf Kosten der Unabhängigen und bei den Wahlen von 1922 diese oder jene, wenn dabei immer die Gesamtzahl der sozialistischen Stimmen gegenüber der Gesamtzahl der bürgerlichen Stimmen sinkt. Dieser Rückgang der gesamten sozialistischen Bewegung ist eine Folge des Bruderkampfes, des gegenseitigen Herunterziehens. Viele Arbeiterkreise werden dadurch angeekelt und ziehen sich von Wahl und Politik überhaupt zurück. Wir verlangen nicht von den Unabhängigen, daß sie die jetzige Taktik der Sozialdemokratie als richtig anerkennen. Wir können das um so weniger tun, als wir selbst überzeugt sind, daß die Koalition mit der Deutschen Volkspartei nichts Dauerhaftes sein und keine guten Früchte tragen kann. Aber die Unabhängigen handeln gewissenlos, wenn sie jetzt wie einst gegen die „Moster-Politik“ so jetzt gegen die „Stinnes-Politik“ — die Sozialdemokratie wird niemals Stinnes-Politik treiben — eine blindwütige Heze entfalten. Den Nutzen hätten nicht sie, aber den Schaden hätte die gesamte Arbeiterbewegung.

Wir können ruhig abwarten, was die neue Regierung bringt. Es ist leicht möglich, daß ihre Taten für die Sozialdemokratie untragbar werden, wie es die Politik des Kabinetts Stegerwald im höchsten Maße war. Aber auch innerhalb oder außerhalb der Regierung, die Arbeiterklasse bedarf zur Wahrnehmung ihrer Interessen in dieser höchst kritischen Zeit jedes nur erreichbaren Höchstmaßes von Kraft. Und dafür tragen nicht nur wir, dafür tragen auch die anderen Arbeitervertreter ihr Teil Verantwortung.

## Deutscher Reichstag.

SPD. Berlin, 7. November.

Die große finanzpolitische Aussprache über die Katastrophenerede des Reichsfinanzministers wurde am Montag eingeleitet von dem Genossen Adolf Braun, der herbe Kritik an dem Finanzminister übte. In der Tat war die Rede Hermes ohne jede große Idee. Man hat nicht das Gefühl, daß im Reichsfinanzministerium der feste Wille und ein klares Ziel vorhanden sind, die fröhlichen Schwierigkeiten zu meistern. In heftigen Zusammenstoß mit der Rechten geriet unser Redner, als er den Herrscher mit dem Helfferich erneut ins Gewissen zurückerief, daß ihr U-Boot-Krieg und die von ihnen verschuldete Kriegsniederlage an unserem finanziellen Zusammenbruch schuld sind. Kein Reichspolitiker kann ein Mittel angeben, wie wir uns von den Folgen der Niederlage befreien können. Die Arbeiterklasse ist zu jedem Opfer bereit, jedoch nur, wenn die Besitzenden ihren Verhältnissen entsprechend an Rettungswert teilnehmen. Genosse Braun schloß mit einer eindringlichen Begründung unserer Forderungen nach der Erfassung der Sachwerte.

Der alte Zentrumsführer Herold beklagte sich etwas über den polemischen Ton der Rede unseres Genossen und hielt im übrigen seinen Vortrag in dem taktischen Halbdunkel, das beim Zentrum in solcher Situation beliebt ist. Eine wenig positive Rede brachte der Demokrat Dietrich-Baden. Er ist kein Freund der Erfassung der Sachwerte. Wenn Einkommen und Vermögen richtig besteuert sind, dann werden nach seiner Auffassung auch die Sachwerte erfasst.

Reichsminister Schmidt beantwortete die mit der Steuerdebatte verbundene, von dem deutschen Nationalen Abgeordneten Edler v. Braun begründete Interpellation: Was die Regierung gegen den völligen Zusammenbruch der deutschen Valuta zu tun gedenkt? Der Minister verwies darauf, daß die Entwertung unserer Valuta noch über den schlimmsten Pessimismus hinausgegangen sei, der sich bei der Annahme des Ultimatums gezeigt habe. Nach Schmidts Meinung aber hätte uns die Ablehnung des Ultimatums neben der finanziellen auch noch die industrielle und die politische Katastrophe gebracht. Unter großer Bewegung des Hauses brachte der Minister zahlenmäßiges Material davon vor, wie durch überflüssige Einfuhr, namentlich aus Frankreich, zur Verwüstung der deutschen Valuta beigetragen wird. So ist durch die Einfuhr von Silber innerhalb weniger Monate nach Deutschland eingeführt worden: Rauteöl 50 Millionen, Wein, Likör und Sekt über 9000 Millionen, Luxusseife, Puder, Schminke 17½ Millionen, Tüll, Spitzen, Wäsche 316 Millionen, Edelsteine 5,9 Millionen und ähnliche Luxusgüter mehr. Natürlich hat auch die wüßte Spekulation an dem Zusammenbruch unserer Währung großen Anteil. Als Kampfmittel gegen die Spekulation schlägt

der Minister u. a. vor ein Gesetz, daß das freie Spiel an der Börse, zumal in Devisengeschäften, hindert und nur namentlich eingetragene Firmen zugelassen sind. Mit Worten des Bedauerns und der Warnung wandte sich der Minister gegen die Verpflichtungen, die die Industrie mit ihrem Kreditangebot verknüpft. Wenn sie wirklich helfen wollte, dürfe sie nicht mit solchen Sachen kommen. Aus den Worten des Ministers war zu schließen, daß die Bedingungen der Industrie bei einer Regierung, in der Sozialdemokraten sitzen, nicht auf Zustimmung rechnen können.

Dann kam die Sensation des Tages: Herr Helfferich. Daß er in der Finanzkritik ein Meister ist, hat er auch diesmal wieder bewiesen. Seine Finanzpolitik ist bekanntlich schärfster Pessimismus. Er ist Katastrophopolitiker durch und durch. Helfferich rechnet aus, daß auf den Kopf jedes Deutschen eine Jahresbelastung an Steuern von 7000 Mk., mithin auf eine fünfköpfige Familie 35 000 Mark kommen müßten, wenn wir unsere Verpflichtungen erfüllen wollten. Hinter dieser Ziffer sagt Helfferich sein Wort: Unmöglich! Soweit hat er recht. Aber wenn nun jemand hofft, daß dieser Deutschnationale auch nur den geringsten Rat geben würde, wie anders regiert werden könnte, würde er sich irren. Wir sollen der Entente einfach sagen: Wir wollen nicht mehr zahlen! Als wenn Herr Helfferich im Falle eines deutschen Sieges sich damit einverstanden erklärt hätte, daß die Belgier und Franzosen ihm eine solche Antwort erzeikten. Die Kriegsurheber, die Kriegsverbrecher, die Kriegsverlierer und die Kriegswahner wollen dem Volke einreden, an den Verbrauchssteuern seien neben der Entente diejenigen schuld, die seit dem Waffenstillstand alles angenommen haben, was die Entente ihnen diktiert hat. Wie einsächtig müssen die Wähler und Wählerinnen sein, die sich glauben machen lassen, im Falle eines Widerstandes gegen die Ententeforderungen seien weniger Steuern zu zahlen! Es würde dann eben Deutschland unter Zwangsverwaltung der Entente gestellt werden, und zweifellos würden dann die Steuern noch drückender sein. Die Politik Helfferichs und seiner Freunde steuert allerdings darauf hinaus, die Entente zum Generalvornund Deutschlands zu machen.

141. Sitzung.

Berlin, 7. November, mittags 1 Uhr.

## Beratung der großen Steuervorlagen.

Auf der Tagesordnung steht das Gesetz über das Branntweinmonopol, sowie die 11 Steuervorlagen. Verbunden mit der neuen Aussprache wird die deutschnationale Interpellation über die Valutanot.

Dr. Adolf Braun (SPD): Die Rede des Herrn Reichsfinanzministers hat wohl bei allen Parteien die äußerste Enttäuschung hervorgerufen, am meisten bei denjenigen Parteien, die von seiner Tätigkeit in dem Reichsfinanzministerium für Ernährung und Landwirtschaft alles andere als befriedigt waren und die stets wie unsere Partei Anlaß zur Kritik an dieser Tätigkeit genommen haben. Das Reichsfinanzministerium erfordert einen Mann, der mit voller Willenskonzentration, mit aller Energie und ausgerüstet mit allen Kenntnissen unserer Wirtschaft und unserer Finanzen dieses Amt verwaltet. Daß diese Voraussetzung für den Herrn Reichsminister Hermes nicht gegeben ist, das ist in der letzten Sitzung des Reichstages auf das Grundsätzlichste erprobt worden. Die Rede des Reichsfinanzministers war bar jeder Originalität. (Sehr wahr! bei den Soz.) Minister Hermes scheint nur die Rechnung seiner Amtsvorgänger übernommen zu haben: einerseits die phantastischen Zahlen unseres Haushalts, andererseits die nüchterne Aufzählung der schon früher bekannten Steuererträge. Man kann auch nicht, wie es der Minister tat, alle Steuervorschläge von drei Seiten mit einfacher Handbewegung beiseite schieben. Es sind doch in der öffentlichen Diskussion erneut gründliche Vorschläge laut geworden. Die Gesamtheit der Steuer befreibt uns in keiner Weise. Briard hat in der französischen Kammer gesagt: „Erfüllung Deutschlands oder die Gewalt Frankreichs!“ Er fügte hinzu: „Die Besitzenden Kreise der Deutschen Volkspartei müssen zahlen!“ Es ist auch für uns nicht annehmbar, ihnen (zur Deutschen Volkspartei) die französischen Worte vorhalten zu müssen, aber wir dürfen keine Noeal-Steuerpolitik betreiben.

Die Devisenbeschaffung ist eine Frage von Leben und Tod. Glauben Sie (nach rechts), daß die Entente sich damit begnügt, wenn wir jetzt unsere Zahlungsunfähigkeit erklären? Sie wird sich vielmehr an den Werten der deutschen Industrie schädlos halten. Nationalpolitik ist es, die wahre Erkenntnis der Sachlage selbst im Volke zu verbreiten und danach zu handeln, und sich nicht erst von der Reparationskommission das Weitere diktieren zu lassen. Wir wollen, daß die deutsche Industrie selber ihr Teil leistet, um den allgemeinen Bankrott zu vermeiden. Wenn die Industrie selbst nicht einsichtig genug ist, so muß der Reichstag die Gefahr abwenden, die uns von der Industrie droht. Bei der wilden Jagd nach dem Dollar hätte der Reichstag intervenieren und Maßnahmen zum Schutz der Mark treffen müssen. Die Mark, Dollar zu kaufen, hätte gemindert werden müssen durch die Angst vor Verlusten. Das Sinken unserer Valuta wirkt verheerend auf unsere Wirtschaft, denn wenn unsere Rohstoffe aufgebraucht sind, wird die Industrie keine neuen mehr kaufen können und der Ausverkauf Deutschlands beginnt. Dadurch würden Millionen von Arbeitern brotlos werden. Wir treiben Politik auf aktiver Grundlage und erklären, daß die Arbeiterklasse zu den größten Opfern bereit ist. Voraussetzung ist aber, daß die Besitzenden ihren gebührenden Anteil beitragen. (Zustimmung bei den Soz.) Die Mark muß unbedingt stabilisiert werden, damit die weltwirtschaftlichen Beziehungen gesichert werden. Die Sachwerte müssen zu der Erfüllung herangezogen werden.

Sie würden uns ja von der Entente noch etwas entgegennehmen werden. Von der rechten Seite hört man nie etwas, wie man ohne Erfüllungspolitik aus dem Abgrund heraus will und kann.



Dem werden dort der Erfüllungspolitik in der unverantwortlichen Weise Schwierigkeiten gemacht. Solange wir nicht den Mut haben, in den privaten Kapitalbesitz einzugreifen, gehen wir immer weiter zugrunde. Das sind die wahren Postulate, die sich vor ihren Geldschrank stellen und dazu schreien: „Wir können nicht erfüllen!“ (Zuruf des Hrn. Helfferich.) Sagen Sie doch, Herr Helfferich, was Sie denn als Reichsfiskus tun würden, wenn Sie die Erfüllungspolitik ablehnen. Dann werde ich Sie für einen Fiskalisten halten; aber solange Sie das nicht tun, halte ich Sie nur für einen nationalen Klopffischer für unreihe Studenten. (Murmur rechts. Beifall bei den SD.) Das Prinzip der deutschen Finanzpolitik muß ein anderes werden. Wir wollen beitragen zur Erfüllung unserer Verpflichtungen; aber wir erwarten, daß neue und bessere Wege gefunden werden und daß das Kapital das Seine dazu beibringt, um aus dem Finanzjambou herauszukommen. (Beifall bei den SD.)

Herold (S.): Wir müssen versuchen, durch die neuen Steuern die Schuld des Reiches zu tilgen, sonst fällt der Wert der Mark weiter. Beim Umschlagenergebnis müssen Doppelbelastungen vermieden werden. Die Einkommensteuer muß vereinfacht werden. Wir müssen die Steuern so aufbauen, daß sie unsere Wirtschaft nicht zu sehr behindern. Die Länder und Gemeinden müssen größeren Anteil am Steuerertrag erhalten. Wir müssen erfüllen, soweit es möglich ist, aber die Zahlen von Dr. Herold beweisen, daß wir beim besten Willen die jetzigen Lasten nicht erfüllen können.

Böhm (S.): Seit zu gewinnen, hat für uns keinen Zweck. Auf die Dauer können wir doch nicht erfüllen. Wir können einem vollkommenen Verschulden entgegen. Gegen die Lebensfremdung der deutschen Wirtschaft und gegen die mangelnde Wertspekulation müssen energische Maßnahmen ergriffen werden.

Dietrich-Raden (S.): Die Reparationsverpflichtungen führen unsere Finanzen in den Abgrund. Schon ist der Dollar auf 90 gestiegen, schon heißt sich die Reparationslast auf 25 Milliarden Kapitalmarkt. Wie soll das jemals herbeigeführt werden? Werden die Reparationsverpflichtungen im jetzigen Umfang aufrechterhalten, so trägt die Entente die Verantwortung dafür, daß Deutschland nicht mehr zahlungsfähig ist. Es ist unerschöpflich eine Kommission für die Prüfung der Leistungs-fähigkeit Deutschlands einzusetzen, wie sie bei der Friedenskonferenz war. Ohne die Befreiung der wirtschaftlichen Maßnahmen des Friedensvertrages, besonders über Oberkasseler, gibt es keine Ordnung der Weltwirtschaft. (Lebhaftes Zurufen rechts und bei den Demokraten.) Wenn das Verbot nicht erfüllt wird, so erhebt man auch die Schwerte. Wir fordern Beschränkung der Steuererhebung. Wenigstens für ein Jahr müssen uns die Reparationsverpflichtungen gesäubert werden.

Reichsfinanzminister Schmidt: Die Reichsregierung war sich bei der Annahme des Klimatoriums ihrer Verantwortung voll bewußt und hat niemals behauptet, daß wir alles erfüllen können, sondern nur, daß wir das Mögliche tun. Die Erfüllung ist ein mühsames Werk. Die Reparationslasten sind nicht nur ein finanzielles, sondern auch ein industrielles Problem. Wir hätten das Rückgehalt verloren, während wir zu wenigstens etwas gerettet haben. Neben die Ursachen der hohen Verschuldung, in die wir hineingeraten sind, ist man sich wohl ebenfalls klar. Seit Kriegsende haben wir den Passivsaldo unserer Handelsbilanz um mindestens 2 Milliarden Goldmark vermehrt. Dazu kommen noch rund 3 Milliarden Reparationslasten, eine 4 Milliarden Marktschuldenslast und dazwischen. Die 5 Milliarden Devisen, die jährlich einzufließen sind, können natürlich nicht vollständig aus der Wirtschaft generiert werden, vielmehr wird die Notwendigkeit in Bewegung gesetzt. Dieser Zustand muß man wohl ins Auge fassen, und zur Beseitigung der Devisen die Einfuhr einschränken und die Exporte befördern. Darin sind wir leider durch die Entente behindert und besonders Frankreich schafft ungenutzte Exportmöglichkeiten über die französische Grenze. Es gibt nur zwei Wege, entweder wir rufen französische Kredite und bitten um die Reparationen, oder wir verzichten auf diese Kredite und versuchen, unsere Verpflichtungen zu erfüllen. Trotz der europäischen Wirtschaftslage von Amerika und Handel muß man sich über die richtigen Lösungen klar werden. Leider haben wir bei der Entente kein Verständnis für unsere wirtschaftlichen Bedürfnisse und haben nicht die Macht, die wirtschaftliche Lage zu geben, die nötig wäre. In der Sache selbst können wir uns (nach rechts) völlig überlassen.

Die Spekulation ist auf dieser ungesunden Grundlage erwachsen und vergrößert die Not immer mehr.

Dem müssen wir Einhalt gebieten, wenn nicht weitere Kreise anderer Völker, die sich an dieser Spekulation beteiligen haben, immer mehr von der Krise bedroht werden sollen. Wir werden demnächst einen Gesetzentwurf vorlegen, der das freie Wechselkurs, besonders in Devisen, unterbindet. Die Aufzinsgebote sollen nur noch durch den Handelsminister eingesetzte Firmen erfüllt werden. Die von Devisen zum Finanzamt konvertiert werden müssen, damit es ersicht, welche Vermögenswerte in diese Spekulationsunternehmen hineingesteckt werden. Unzulässig verpöchte ich mir von dieser Maßnahme allerdings nicht. (Zurufen rechts.) Die Regierung und die Reichsbank sind bei der Bekämpfung von Devisen aus dem Außenhandel nicht hinreichend ausgerüstet. Die Devisen müssen stärker eingespart werden. Die Einfuhr von Devisen würde erleichtert, wenn man an die Währungsreform denkt. Es fragt sich, ob wir nicht an die ausländischen Regierungen herantreten sollen mit dem Vorlangen, uns nachzuweisen, welche großen Verluste Deutsche im Ausland niedergelassen haben. Auf die praktische Durchführung des Währungsreform Vorlommens wird es ankommen. Weiter ist eine ausländische Anleihe in Betracht zu ziehen. Auf dieser Grundlage sind schon Verhandlungen mit der Industrie eingeleitet. Leider hat der Reichsverband der Industriellen auf seiner letzten Tagung die Forderung der Abschaffung des Industriezweigs von politischen Voraussetzungen abhängig gemacht. Dabei liegt doch eine Gefährdung nicht nur im Interesse der Regierung, sondern ebensolcher im Interesse der Industrie. Der Staat kann die Lösung des Problems nur mit Hilfe bereit herbeiführen, die den Weg in Händen haben, und die ganze Abhängigkeit auf jener Seite ist unerschöpflich.

Wir brauchen die Hilfe der Industrie zu einer Reform unserer Finanzlage

und müssen die Abhängigkeit des ungesunden Dollarkurses auf den inländischen Geldmarkt lenken. Eine weitere Verschärfung würde auch schwere politische Folgen haben. Ich appelliere an Industrie und Handel, die notwendigen Maßnahmen nicht ohne Zwangungen zu verhindern, sondern frei und schnell einzusetzen für die Bekämpfung unserer Wirtschaftsverhältnisse und die Befreiung unseres Volkes. (Beifall bei den SD.)

Dr. Helfferich (S.): (Zuruf links: Der Herr der Reichsbank!) An die Stelle des Reichsfinanzministers tritt ein ganzer Staat. (Zuruf: Helfferich!) Herr Herold hat eine viel zu feste Darstellung der Finanzlage gegeben. Die Geldforderungen müssen zum Stillstand kommen, sonst gibt es keine Rettung. Da muß kein auch noch so hohes Kapital der Steuerlasten. An den Unterhalt der Reichsbank ist der Reichsverband zu setzen. Der Beamtenapparat muß eingespart werden. Die Beamtenbesoldung darf nur eine reine Eingangsbesoldung sein. Durchsichtlich muß der Gewinn aus der Landwirtschaft und Industrie nicht mehr als 2 Prozent. (Zuruf: Heil!) Die Erfüllungspolitik ist finanziell und moralisch völlig verfehlt. Der Kreditmarktorganisation wurde ich mit dem Reichsverband in Verbindung mit dem Reichsverband. Die Regierung muß heute und morgen schon erkennen, daß sie nicht weiter erfüllen kann. Jetzt ist die letzte Stunde bevor auf Grund des Verfalls des Friedensvertrages, die Einsetzung einer Kommission zur Prüfung unserer Zahlungsfähigkeit zu fordern. Die Regierung sollte den Mut haben, der Entente unsere Lage darzulegen und gegebenenfalls in Ehren unterzugehen.

Das Haus verlagert sich. Ein kommunistischer Antrag, einen dringlichen Antrag der Kommunisten zur Geldentwertung auf die morgige Tagesordnung zu setzen, wird gegen die Kommunisten abgelehnt.

Dienstag 1 Uhr: Anfragen, Interpellation der USV. gegen die Gesetzgebung der heutigen Beratung, Interpellation Müller-Franken über die Deutschen Werte, Anträge. — Schluß gegen 7 Uhr.

### Eine deutsche Note gegen polnisches Unrecht.

Berlin, 8. November.

Der deutsche Botschafter in Paris hat der Botschafterkonferenz eine Note überreicht, in der es heißt:

Das polnische Ansiedlungsamt in Posen hat am 19. Oktober etwa 1000 deutschstämmigen Ansiedlern, die in den von Deutschland an Polen abgetretenen Landesteilen angesiedelt sind, amtlich mitgeteilt, daß der polnische Staat nach dem polnischen Gesetz vom 14. Juli 1920 als Eigentümer dieser Ansiedlungen eingetretet ist. Die Ansiedler haben bis Ende Dezember ihre Grundstücke zu räumen. Es handelt sich bei diesen Ansiedlern größtenteils um solche, die nach dem 11. November 1918 angesiedelt sind. Nach dem Vertrag von Versailles keine Handhabe erhalten, für sie aus dem Datum des 11. November irgendwelche Rechte abzuleiten. Ein solches Vergehen Polens gegen die ererbten Rechte jeder Rechtsgrundlage, so darf die deutsche Regierung ebenso die Aufmerksamkeit der Botschafterkonferenz auf die polnische Seite lenken, die darin liegt, tausend deutsche Familien zu zwingen, innerhalb sechs Wochen Haus und Hof zu verlassen. Da die betroffenen Familien außerdem eine schwere Last an ihrem privaten Eigentum zu befürchten haben, ist nach den Maßnahmen, die die polnische Regierung gegen das private Eigentum der Domänenpächter getroffen hat und die einer einfachen Übernahme von Privateigentum gleichkommen, solcher Art. Die deutsche Regierung erhebt gegen dieses ungesetzliche, gewaltsame Vergehen der polnischen Regierung die heftigsten Proteste und bittet die Botschafterkonferenz dringend, bei der polnischen Regierung daraufhin zu wirken, daß sie von diesen Maßnahmen absteht.

### Der 9. November in Braunschweig gefeiert.

Braunschweig, 8. Nov.

Da der von der Regierung dem Landtag eingebrachte Gesetzentwurf für die Feiern des 9. November zum gesetzlichen Festtag nicht rechtzeitig verabschiedet werden konnte (die Vorlesung ergab an der Reichsversammlung), hat sich die Regierung eine Entschlossenheit der Gewerbeordnung zurufe gemacht und bestimmt, daß der 9. November als gesetzlicher Feiertag zu gelten hat.

### Kartoffelverfälschungen.

Berlin, 7. November.

So unerwartet es klingt, es scheint doch mehr zu sein, daß erhebliche Mengen deutscher Kartoffeln durch Schieberhandel und Bekohlung ins Ausland geleitet werden. Aus London wird berichtet, daß die dortige Landwirtschaftskammer bei der letzten Vorlesung erhebt wegen der starken Einfuhr billiger Kartoffeln deutschen Ursprungs. Die Einfuhr sei erheblich, und es wäre nicht auszuschließen, daß sie ernie Wirkungen auf den deutschen Kartoffelbau im nächsten Frühjahr ausüben werde. Die Kartoffeln kämen in der Regel unter holländischer Flagge an. Es sei jedoch zweifellos, daß sie deutschen Ursprungs seien und lediglich durch Holland geleitet werden, um den Einfuhrzoll von 33 1/2 % zu umgehen.

Und wenn man zugeben will, daß die englischen Agrarier stark beunruhigt sind und Sorge um ihre Preise schreien, muß man bestimmt annehmen, daß tatsächlich große Kartoffelmengen aus Deutschland verschoben werden. Die Kartoffeln sind in England 5-6 Mal so teuer als in Deutschland. Es kommen also außerordentlich große Schiebergewinne bei diesem Handel heraus. Der deutschen Landwirtschaft aber, die ohnehin hart unter der Kartoffelnot leidet, werden die letzten paar Brocken Kartoffeln weggenommen. Es ist unerbötlich, daß diese Kartoffelverfälschungen ohne ganz erhebliche Sanktionsmaßnahmen aus Deutschland herauskommen können. Bei einiger Wachsamkeit der Behörden aber, müßten diese Transporte verhindert werden können. Die Kartoffeln können nicht anders als massenweise verpackt werden, und daß muß der Eisenbahn, den Zoll- und den Wirtschaftsbehörden auffallen. Es scheint aber, als ob es in diesen Behörden bis jetzt niemand um diese inhumanen Verbrechen gekümmert hat. Im Reich wird fortgesetzt behauptet, daß es an Eisenbahnwagen fehlt, um die Kartoffeltransporte vom Land in die Städte zu bewältigen. Hier aber werden viele Eisenbahnwagen verwendet, um die uns selbst notwendigen notwendigen Nahrungsmittel ins Ausland zu verschicken. Das ist ein Skandal ersterer Art. Wir fordern, daß sowohl das Wirtschafts-, wie das Eisenbahn-, wie das Ernährungsministerium sofort für die notwendige Aufklärung und für die Befreiung der Schuldigen sorgen.

### Zulagen nur für die „bedürftigen“ Invalidenrentner.

Berlin, 8. November.

Am Montag bemühten sich unsere Genossen im Sozialrat um den Austausch des Reichstages nachmals nachzugehen, daß es, was andere in Säulen, unter den jetzigen Umständen zu unerschwinglichen Härten führen muß, wenn bei einer derart schweren Aufgabe, wie sie die Regierung vorgezeichnet hat — bis zu einem Höchstbetrage von 2100 Mk. für das ganze Jahr — noch eine Zulage nach der angeblichen Bedürftigkeit der Empfänger gemacht wird. Den Städten wird durch die Festhaltung dieser Bedürftigkeit eine neue Verantwortung des Beamtenkörpers auferlegt, ohne daß die Erfüllung der wenigen wirklich bedürftigen Rentner gesichert ist. Unsere Genossen drangen jedoch nicht durch. Der Minister und die bürgerlichen Parteien versicherten immer wieder, daß vermutlich ein beträchtlicher Teil der Invalidenrentner nicht bedürftig ist und deshalb bei der allgemeinen Notlage nicht noch Zuschläge für sie bewilligt werden können. Schließlich wurde mit 14 gegen 12 sozialistischen Stimmen beschlossen, daß die Zulagen nur den „bedürftigen“ Invalidenrentnern gewährt werden. Nach welchen Regeln die „Bedürftigkeit“ bestimmt werden soll, wird in der Drucklegung des Ausschusses entschieden werden.

Der Dollar tanzte in den letzten Wochen von 100 auf 200 und ist jetzt auf 320 angelangt. Kein Mensch kann sagen, wie das weiter gehen wird. Es ist ja auch viel wichtiger, sich zu überlegen, woraus der fortgesetzte Sturz der Mark erwächst und was dagegen geschehen kann.

Wir müssen, daß die ungeheuerlichen Forderungen der Wiedergutmachung und da im besonderen die Verpflichtung fortlaufend Goldmillarden zu zahlen, die deutsche Finanzwirtschaft ruinieren muß. Im besonderen die Reichsregierung ist deswegen seit langem mit dem Argument bei der Hand, daß uns nichts Besseres passieren könne als der wirtschaftliche Zusammenbruch. Daraus würde bei der Entente die Erkenntnis wachsen, daß sie von uns eben nicht das zu erwarten hat, was sie hofft. So einfach liegen die Dinge aber nicht. Die wirtschaftlichen Verhältnisse Deutschlands, seine politischen Zustände und die sich darin wiederpiegelnden inneren Kämpfe liegen offen vor den Augen aller Welt. Man weiß jenseits der Grenze zur Genüge, daß in Deutschland nicht große, aber sehr einflussreiche und kapitalstarke Kreise ein Interesse daran haben, daß das derzeitige politische Regime, das das Reichstättigkeits und im Grunde genommen das alles, was republikanisch heißt, zusammenbricht. Diese Bestrebungen sind ja auch deutlich genug. Sie bestehen in einer systematischen Sabotage der Reichsregierung und jedes ganz gleich wie gearteten Versuches in die Substanz der Vermögen einzugreifen, sie besteht darin, daß unter der Führung Helfferichs und Herolds man immer von neuem bemüht ist, alle Lasten aus der Wiedergutmachung und aus den Nachwirkungen des Weltkrieges in Form von indirekten Steuern und Lohn- und Gehaltsabschnitten auf die breiten Massen des Volkes abzuwälzen. Neuerdings sind jene „patriotischen“ Kapitalmächte noch viel ungenierter geworden. Sie halten mit der einen Hand der Reichsregierung zweifelhafte Kredite und wollen mit der anderen die Eisenbahnen „nationalisieren“, d. h. dem Privatkapitalismus ausklammern. Nachdem dieser Streich mißlungen ist, und im Gegensatz zu allen Erwartungen es sogar mißglückt wurde, im Reich eine neues Kabinett zu bilden, ist der Reichsverband der deutschen Industrie dazu übergegangen, in wenig verheißener Form die angebotene Kredithilfe zurückzuziehen. Er ist nach seinem Münchener Beschluß dazu höchstens dann geneigt, wenn ein „Abbau“ des Wirtschaftstages, wenn Wirtschaftsherrzogtümer und Neujährliches möglich wird.

Der Dollar stürzt inzwischen weiter. Es ist ein offenes Geheimnis, daß die Industrie und der Großhandel, die Devisen, die sie aus dem Export verdienen, seit Wochen, ja seit Monaten im Ausland stehen lassen. Die Reichsregierung ist gezwungen, um den Sturz des Dollars etwas abzumildern, beinahe Tag für Tag aus ihren mühselig erworbenen Beständen Material auf den Markt zu werfen. Es wird ihr dennoch nicht möglich sein, auf diese Art die Marktsituation aufzuhalten. Wir verlangen deswegen, daß die Reichsregierung jetzt mit aller Energie zu packt! Die Devisen, die bei der Großindustrie, bei der Großfinanz und beim Großhandel in Fülle und Fülle vorhanden sind, muß das Reich, ganz abgesehen auf welchem Wege, an sich ziehen. Möge man die gesetzlichen Maßnahmen Kredithilfe, Beschlagnahme oder sonstwie nennen. Wir verlangen von der Reichsregierung und im besonderen von dem Reichswirtschaftsminister Schmidt, daß er den ganzen Devisenhandel sofort packt. Wir verlangen von ihm, daß er endlich die Kapitalisierung der Körperschaftsteuer herbeiführt: wir verlangen, daß jetzt rücksichtslos an die Ersparnisse der Sachwerte gegangen wird.

Das deutsche Volk kann arbeiten, und es will arbeiten. Wir wollen endlich gutmachen, soweit es möglich ist. Wir dürfen aber nicht dulden, daß die kapitalistischen Kurier aus dem Vaterland noch weiter ein Spekulationsgeschäft machen. Heute ist die Wäre beinahe nichts weiter als ein Bettbureau; bei dem auf den Untergrund Deutschlands gestippt wird. Es muß zugegriffen werden, ehe es zu spät ist! Und deswegen nochmals: Heran an die Schwerte, heran an die Devisen, die aus Profitinteresse und aus imperialistischer Feindschaft gegen die Republik zum Schaden der Allgemeinheit zurückgehalten werden. Reichsregierung werde herbei und Reichswirtschaftsminister Schmidt greife zu, greife zu, ehe es zu spät ist!

Am gestrigen Berliner Börse setzte der Dollar mit 287 ein und stieg in kurzer Zeit auf 303. Am weiteren Verlauf ergab sich infolge reichlichen Materials eine Senkung auf etwa 285. Die amtlichen Notierungen lauten: Kabel New York 287, London 1120, Holland 1070.

Am Aktienmarkt vollzog sich wieder einmal eine stürmische Gänge. Kurssteigerungen von 100 bis 200 Prozent waren bei den meisten Papieren zu verzeichnen. Bereinigt ergab sich sogar ein Gewinn von 400 bis 500 Prozent.

### Einsturz eines Kirchturms.

Elch, 8. November.

Dem Sturm, der am Sonntag im ganzen Rheinland wütete, sind hier leider auch einige Menschenleben zum Opfer gefallen. Nach Beendigung des Nachmittagsgottesdienstes für die Schutzkinder hielt die Lehrerin die Kinder wegen des Sturmes früher in der Kirche zurück. Plötzlich kam der Kirchturm ins Wanken, fiel herunter und brach das Dach der Kirche durch. Sechs Kinder waren sofort tot, weitere sechs schwer und mehrere andere leicht verletzt.

### Deutsch-französischer Aufbauplan.

Paris, 3. November.

Ueber den gestrigen Empfang der deutsch-französischen Abordnung bei Loucheur bringt der „Matin“ folgenden Bericht des Sekretärs der französischen Technikervereinigung, Francque: Die Arbeiten werden gemeinsam von der deutschen Organisation der Bauarbeiter und der entsprechenden französischen Organisationen ausgeführt werden. Die Arbeiter werden, nach dem Beispiel der Gilden des Mittelalters, zu Gruppen zusammengeschlossen werden. Techniker und Arbeiter werden bei bestimmten Arbeiten eng zusammenwirken. Gewinne dürfen nicht erzielt werden. Es wird keinerlei andere Bezahlung als die der geleisteten Arbeit geben. Es handelt sich für die Franzosen darum, die geleisteten Erzeugnisse in Empfang zu nehmen, nach einem festgesetzten Programm zu arbeiten und später in eine gewisse Anzahl deutscher Arbeiter zu Frankreich kommen zu lassen.

Die vorgesehenen Ausgaben sollen 60 Millionen nicht übersteigen. Es sollen 80 öffentliche und Privathäuser errichtet werden. Durch dieses Beispiel soll dargelegt werden, was erreicht werden kann, wenn zwischen Deutschland und Frankreich Einvernehmen herrscht. Man wird damit auch gleichzeitig zeigen, was eine enge Zusammenarbeit der Arbeiter, wie sie hier in Aussicht genommen ist, leisten kann. Es soll nur an die Arbeit gedacht werden, nicht, wie bisher, an den möglichen Gewinn. Alles dies hat auch Loucheur in seinen Ausführungen dargelegt. Er versichert, daß er dieser Aktion in seiner Weise Schwierigkeiten bereiten werde.

Obwohl eine neue Zusammenkunft zwischen Loucheur und Rathenau am Montag in Aussicht genommen worden ist, glauben die Franzosen, namentlich an die Verwirklichung



des Projektes gehen zu können. — Die deutschen Vertreter haben Paris gestern abend verlassen.

„Deuvere“ erzählt hierzu, daß es sich bei den aufzubauenden Ortschaften um eine Gruppe von Dörfern zwischen Chaulnes und Peronne handelt. Fünf dieser Dörfer liegen dicht beieinander, andere verteilen sich auf einen Raum von 30 Kilometern. Im ganzen gab es hier 734 Häuser, die von 3750 Einwohnern bewohnt waren. Hier von sind nur 1550 in ihre Heimat zurückgekehrt.

Die deutschen Delegierten wurden sehr freundlich empfangen. Auch der Anknüpfung deutscher Arbeiter sieht man ohne Mißbehagen entgegen. Alle Bewohner sind damit einverstanden, daß ihre Entschädigungsschuldverreibungen in eine gemeinsame Kasse abgeführt werden sollen. Eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung soll gegründet werden, in der Deutsche und Franzosen vertreten sein werden. Man nimmt an, daß die 2500 deutschen Arbeiter, auf die man rechnet, zwei Jahre tätig sein werden. Die von Deutschland eingeführten Materialien sollen an Ort und Stelle verarbeitet werden. Beispielsweise sollen 15 Ziegelwerke errichtet werden, während bis jetzt dort nur drei in Betrieb waren.

### Die „Opferfreudigkeit“ der Großindustrie.

Berlin, 7. November. (Sig. Drahtbericht.)

Zu dem Beschlusse des Reichsverbandes der deutschen Industrie in Sachen der Kreditkrisis erfahren wir noch, daß die Pfeilspitze außerordentlich hart heftet war. Es waren wohl 1200 Großindustrielle anwesend. Das Präsidium hatte eine Entschließung vorgelegt, die viel weniger bestimmte Forderungen an die Reichsregierung enthielt, als die später angenommene. Im Gegensatz zu den offiziellen Referenten sprachen sich eine ganze Reihe Redner der Großindustrie und der Hochfinanz ablehnend aus. Diese Männer wollen von einer Verpfändung deutscher Sachwerte an die ausländische Finanz überhaupt nichts wissen. Ferner betonten sie, daß es bei den gewaltigen Kursschwankungen unmöglich sei, die Höhe der Zinsen zu berechnen, die natürlich in Gold zu zahlen sind. Starke Eindruck machte der Bericht des Reichsbankpräsidenten Havenstein über seine Londoner Reise, und seine offenen Darlegungen der Reichsfinanzen. Er forderte die Industrie auf, die Kreditleistung zu übernehmen, denn er sehe keinen anderen Weg. Den stärksten Einfluß auf die Versammlung übte aber Hugo Stinnes aus. Er verwarf die Entschließung des Präsidiums und vereinigte die Versammlung auf eine neue Entschließung. Stinnes stellte die Forderung auf, die in der neuen Entschließung in bezug auf die Führung der inneren Politik enthalten sind.

Von der Berliner Presse am Sonntag morgen nimmt nur die Herrin Stinnes nahestehe „Deutsche Allgemeine Zeitung“ zu dem Beschlusse des Reichsverbandes Stellung. Unter der Überschrift: „Die Industrie hilft dem Reiche“ bringt das Blatt eine wahre Lobeshymne auf den Opfergeist der deutschen Industriellen. Wichtiger sind die Erläuterungen, die die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ der Entschließung des Reichsverbandes mit auf den Weg gibt. Dadurch werden die Forderungen etwas deutlicher. So schreibt das Blatt:

„Mit vollem Recht fördert die Industrie als Sicherheit eine sparame Finanzwirtschaft in allen Zweigen der staatlichen Verwaltung und die Anspannung aller vorhandenen produktiven Kräfte bis zum Äußersten. Dazu gehört vor allen Dingen, daß die großen Staatsbetriebe, die jetzt, und wenn mit dem bisherigen Systeme nicht gebrochen wird, auf lange Jahre hinaus, ungeheure Zuschüsse verlangen unverzüglich in geeigneter Weise umorganisiert, entbürokratisiert und so zu rentablen Betrieben gemacht werden. Das ist schon aus dem Grunde erforderlich, weil diese Unternehmungen — sie stellen die besten und wertvollsten Goldminen dar — auch ihrerseits durch Heberhölzer zur Amortisation und Verzinsung des aufzunehmenden großen Auslandskredits herangezogen werden müssen.“

Man wird ja bald hören, was die Industrie unter ihrer Umgestaltung der großen Staatsbetriebe versteht. Die Anspannung „aller vorhandenen produktiven Kräfte bis zum Äußersten“ läßt darauf schließen, daß man das Verhältnis der Staatsbetriebe zu ihren Beamten, Angestellten und Arbeitern ganz auf die Grundzüge kapitalistischer Ausbeutung umstellen will.

Mit einer Heuchelei, die kaum noch zu überbieten ist, predigt die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ den Arbeitern, daß nunmehr auch für die Arbeiterzeit der Augenblick gekommen sei, dem Reiche in seiner höchsten Not beizuhelfen. Als wenn nicht jeder im Reiche wüßte, daß die Lohn- und Gehaltsempfänger seit Jahr und Tag Opfer gebracht haben, wirtschaftlich und finanziell, denen gegenüber alles verblüht, was Handel und Industrie und Finanz etwa in Zukunft „opfern“ werden. Die Höhe der Dividenden auf der einen Seite und die wachsende Verarmung auf der anderen Seite, reden eine unumwiderrliche Sprache. Worauf die Industrie unter Führung des Herrn Stinnes hinaus will, sagt die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ mit anerkennenswerter Deutlichkeit:

„Wo alle Kreise des Volkes opfern, wird die Arbeiterklasse doch ihrerseits mit dem so außerordentlich wertvollen Gut ihrer Arbeitskraft nicht zurückbleiben wollen! Deutschland kann nur durch angestrengteste Tätigkeit wieder emporkommen. An den achtstündigen Arbeitstag soll grundsätzlich nicht gerührt werden. Er soll bestehen bleiben für alle Arbeiter, die effektive Arbeit leisten, wobei allerdings gefordert werden muß, daß jede Minute des achtstündigen Arbeitstages auf das intensivste ausgenutzt wird. Ob der achtstündige Arbeitstag bestehen bleiben muß für diejenigen Arbeiter, die lediglich in Arbeitsbereitschaft stehen, das ist eine Frage, die wohl zur Diskussion gestellt werden kann. Es heißt auch gewiß nichts Unbilliges verlangen, wenn man gewisse Arbeiterkategorien an Überstundenleistungen hinweist. Dazu gehören in erster Linie die Bergarbeiter, deren Tätigkeit überhaupt erst die Voraussetzung für jede Art von industrieller Arbeit schafft, sodann die Arbeiter in den Qualitätsbetrieben, deren Erzeugnisse in erster Linie für die Ausfuhr bestimmt sind, und uns die so dringend benötigten ausländischen Zahlungsmittel ins Land bringen. Ja, es ist nicht zu viel gesagt, daß die verständnisvolle Mitwirkung der deutschen Arbeiterklasse überhaupt erst die Voraussetzung für das Gelingen des großen Kreditplanes schafft.“

Also die klare Absicht, den Achtstundentag auszuhebeln, denn was um diese Frage herumgeschrieben wird, kann doch niemanden täuschen. Schon aus diesen Andeutungen ist ersichtlich, welche großen Schwierigkeiten in der aller nächsten Zeit in der inneren Politik Deutschlands aufstehen werden. Wenn die Arbeiterklasse sich jetzt um kleinere taktische Fragen zerstreut, wozu manche Leute Lust zu haben scheinen, wird sie schwerer wirtschaftlichen Nachteil haben. Die Industrie weiß was sie will und ist entschlossen. Diese Geschlossenheit muß sich die Arbeiterklasse zum Vorbild nehmen. Wenn sich die deutschen Arbeiter einig auf den Boden der Tatsachen stellen, die gegen unseren Willen der Friedensvertrag und das Ultimatum der Entente kapitalisten nun

einmal geschaffen haben, wenn sie bereit sind, dem Reiche zu helfen, nicht aber für erhöhte Profite zu sorgen, dann wird den Kapitalisten beigegeben werden können, daß die aus ihrem Vermögen zu opfern haben und nicht aus den Kräften der arbeitenden Massen des Volkes.

### Immer wieder Orgel-Waffenlager.

Görlitz, 5. November. (Sig. Drahtbericht.)

Unser Parteiblatt in Görlitz erfährt, daß ein Orgel im „Kaisertrug“ ein geheimes Waffenlager habe. Die Nachforschungen haben die Wichtigkeit der Mitteilungen ergeben. Im Keller der „Kaisertrug“ sind wohl 10 000 Gewehre Modell 08 und eine größere Anzahl Maschinengewehre nebst Schießvorrat verborgen. Das Waffen- und Munitionslager besteht schon seit längerer Zeit. Die Türen zu den Räumen sind vermauert. Ein früherer Artillerieleutnant, jetziger Bauwerkschüler, hat die Vermauerung der Türen vorgenommen. Beamte des Görlitzer Telegraphenamtes haben ihm dabei Hilfe geleistet. Die Görlitzer Stadtverwaltung und die Polizeibeamten haben sich auf die Anträge hin um die Aufhebung des Waffenlagers bemüht. Da es sich aber um ein militärisches Gebäude handelt, durfte die Durchsuchung nach der Streifenordnung nur unter Begleitung eines Vertreters der Militärbehörde erfolgen. Die Schlüssel zu dem „Kaisertrug“ hat die Kriminalpolizei beschlagnahmt. Die Durchsuchung leitete an dem Widerstand der Görlitzer Reichswehr. Der Garnisonälteste wollte nichts ohne seine vorgelegte Weisung in Breslau unternehmen. Diese leitete erst ihre Zustimmung zu der Durchsuchung ab. Auf fortgesetztes Drängen entsandte sie dann doch einen Vertreter nach Görlitz. Dieser, ein Hauptmann Kellenberg, beehrte sich noch langem hin und her zu dem Garnisonälteste, daß die Sache ihre Wichtigkeit habe. Er bekennt aber, daß Angehörige der Görlitzer Reichswehr davon Kenntnis hätten. Nur der Major Wed von der 2. Kavallerie-Division in Breslau habe davon gewußt. Es ergibt sich also die verblüffende Tatsache, daß die Reichswehrschwestern Waffen und Munition in einem militärischen Gebäude verstecken und ein hoher Offizier der Militärbehörde ist. Der Reichswehrminister ist über die Sachlage unterrichtet worden. Die Görlitzer Arbeiterklasse verlor, daß das versteckte Kriegsmaterial unter Kontrolle ihrer Vertrauensmänner schließlich vernichtet wird.

### Die Schutztruppe der „Schaffenden“ Gläubiger.

Nationalarmee Ehrhardt.

Der sächsische Innenminister Lipinski hat am 2. November dem sächsischen Landtag Mitteilungen von einer umfangreichen konterrevolutionären Organisation in Sachsen gemacht, deren wesentlichen Inhalt wir bereits wiedergegeben. Nun veröffentlicht die „Leipziger Volkszeitung“ auf vier Doppelseiten das umfangreiche Material, das diesen Mitteilungen offenbar zugrunde gelegen hat. Die Schriftstücke und Akten der Geheimorganisationen sind im vollen Wortlaut wiedergegeben. Wir beschränken uns auf die Anführung einiger wichtiger Punkte, die ein Bild von dem Wesen dieser Geheimorganisationen geben.

- Am interessantesten dürfte die Nationalarmee Ehrhardt sein, die aus Angehörigen der Marinebrigade Ehrhardt entstanden ist und sich N. C. (Organisation C.) abkürzt. Die N. C. ist über ganz Deutschland verbreitet und zerfällt in Bezirke, die die Buchstaben A. bis W. tragen. Sachsen führt den Buchstaben N. Das Statut ist in nummerierten Exemplaren verbreitet, die den Vermerk tragen: „Ganz geheim. Darf nicht aus dem Hause der Vertrauensleute kommen, keine Ganz- oder Teilabkopiern.“ Das aufgedruckte Exemplar trägt Nummer 12. Es lautet:
1. Erhaltung einer zuverlässigen Truppe in Brigadestärke, die eingesetzt werden kann bei roten Umständen, bei außenpolitischen Verwickelungen.
  2. Teillokationen, mit oder ohne Wissen der Regierung, wenn es die nationalen Interessen erfordern.
  3. Bekämpfung Stütztrupps zur sofortigen Verstärkung der Polizei, Reichswehr oder sonstiger Ordnungstruppen.
  4. Bekämpfung Stütztrupps zum Zwecke nationaler, zur Sprengung antinationaler Veranstaltungen. Unmöglichmachung ekelhafter Theaterstücke, Personen usw.
  5. Erhaltung der Wehrfähigkeit und Erziehung der Jugend zum Waffengebrauch.
  6. Allgemeine Stärkung der Widerstandskraft, des Selbstvertrauens der Bevölkerung.

Diesen Punkten sind Erläuterungen beigegeben. In den Erläuterungen zu Punkt 1 heißt es beispielsweise: Brigade unterstellt sich als eigener Verband der Reichswehr. Es dürfen nur Männer in die Brigade, die entschlossen sind, die kleinste Hemmungen irgendwelcher Art in sich tragen, die bedingungslos dem Führer gehorchen, die brutal grausam sind, rücksichtslos durchzugreifen, wo sie eingesetzt werden. Als Unterführer kommen nur Offiziere in Betracht, die Kriegserfahrung und Erfahrung im Straßenkampf mit aufrührerischen Massen haben, vor allem, die eine Haupterfahrung aus der Praxis besitzen: „Nicht verhandeln, sondern schlagen und schäffellos beschlehen.“ Innerhalb der Brigade eine Stütztruppe aus tüchtigen, spöttelreidigen Elementen, die erforderlichenfalls gewagteste Unternehmen ausführen, unbedürftig um Folgen und eigene Verluste. Deshalb möglichst junge Männer, die keinen Anhang haben und denen niemand weiter nachtrauert. Die Waffen sind in genügender Zahl bereitgestellt, ebenso Munition.

Aus den Erläuterungen zu Punkt 2 heben wir hervor: Es können Fälle eintreten, wo einige hundert oder weniger entschlossene Männer vorübergehend gebraucht werden. Die Fälle können sehr vielfältig sein, sei es um eine Sache in Gang, ins Rollen zu bringen, sei es, um eine rasche Tat zu vollbringen. Solche Fälle können z. B. sein: die Freisheiten der Franzosen gehen ins Grenzlose, alles Nachgeben hat keinen Sinn, man ermordet organisiert diese Hund durch Schuß oder Gift, jedes Mittel ist recht. ... Keine Teillösungen sollen mit Sicherheit vor der Tür, Stütztruppen sammeln sich unter irgendeiner Maske an bedrohtem Orte, greifen während ein, sobald die Rollen zur Gewalt übergehen. ... Sache dieser Gruppen ist es, den Führern und Helfern ihre Handweil für alle Zukunft unauffällig zu legen. Diese Gruppen müssen privat mit Pistolen und verpackt zu tragenden Waffen ausgerüstet sein.

In den Erläuterungen zu Punkt 4 heißt es, nachdem die Maßregeln zum Zwecke nationaler Veranlassungen aufgeführt sind:

Umgekehrt müssen Veranstaltungen antinationaler Redner, Friedensapostel usw. bezweckt werden, daß ihnen die Luft zu weiterem Reden vergeht.

Auf eine gesunde Keilerei muß man es dabei natürlich ankommen lassen. ... Zu offen solchen Veranstaltungen gehört jedoch eine außerordentliche Disziplin innerhalb der Gruppe, vorherige genaue Vorgesprechung. Während z. B. bei öffentlichen Versammlungen ziemlich gewöhnlich vorgegangen werden kann mit dem üblichen Schlachtruf: „Was, Sie wollen uns nicht zusehen“, muß bei Sprengung von Theaterstücken durch Pfeifen, ununterbrochenes Klatschen, dauerndes Rufen: „Weiterspielen“ usw. gewirkt werden. Sonderveranstaltungen müssen durch erfahrene Herren. Niemals darf von vorübergehender Sicherheit, daß die Störenfriede zusammengebrochen oder nach gemeinsamem Plane handeln.

Mit ähnlichem Material lassen sich noch Seiten füllen. So gibt es auch noch „Nichtkämpfer“ in 12 Mannen, in denen unter vielen anderen zur Erfindung ganz neuer Kampfmittel aufgeführt wird. Es muß etwas Handwerksmäßiges sein, z. B. elektrische Fernwirkung auf „Waffenstücke“. Alles zeigt übereinstimmend, daß es sich hier um Planschätze, die vor nichts zurückschrecken, am wenigsten vor geistlichen Beratern. Daß sie vor gerichtlicher Strafe sich nicht fürchten, begreifen wir, denn Justitia ist ja bekanntlich blind.

### Wohlwollen der Reichsregierung.

Die Rückwirkung der Umwertung der deutschen Mark auf die Lebenshaltung der breiten Volksschichten wird von Tag zu Tag sichtbar. Um 100 Pfennig sind die Preissteigerungen auf denjenigen Marktgeldwerten, deren Verbringung ganz oder teilweise von Auslandszuflüssen abhängt. Dieser Umstand ist für die Arbeiterklasse gerade um die wichtigsten Punkte, die für die Lebenshaltung unentbehrlich sind. Die nachstehende Tabelle zeigt die Bewegung der Großhandelspreise für Weizenmehl, Roggenmehl und Viktoria-Erdbeeren, sowie die Kleinhandelspreise für Kartoffeln, Hülsenfrüchte und Getreide. Den amtlich ermittelten Durchschnittspreisen für die Septembermonate werden die Berliner Marktpreise vom 2. November d. J. gegenübergestellt:

	Sept. 13	Sept. 20	Sept. 21	2. Nov. 21
Weizenmehl 1 Dg.	39.30	275.00	295.55	510-910
Roggenmehl 1 Dg.	24.53	210.00	220.11	610-700
Viktoriaerbsen 1 Dg.	20.68	—	0.022	800-910
Erbsen 1 Dg.	0.67	0.78	1.45	1.50
Erbutter 1 Kgr.	2.70	35.25	58.23	78-88
1 Hühnererei	0.68	2.98	2.49	3.10

Nach dem Verlust des Geldes an den deutschen Einzelbesitzern in den ersten Novembertagen zu urteilen, dürfte die Steigerung der Getreidepreise vorläufig in diesem Tempo fortsetzen. Die Preissteigerung bei den Mehlarten hat außerordentlich gering, auch der Getreidepreis verhält sich ohne Reserven, da in diesem Jahre der Ausbruch des Ernterückfalls ausfallend langsam fortgeschritten. Bemerkenswert ist auch die Knappheit am Futtermittelmarkt. Die Preise für Mais, Hafer, Klee und Kautschuk sind in letzter Zeit außerordentlich scharf gestiegen. Wenn bisher der Mangel an den Viehmästen noch sehr reichlich und die Bewegung der Getreidepreise eine für heutige Verhältnisse ruhige war, so sind daraus durchaus nicht etwa günstige Schlüsse zu ziehen. Der ebenfalls registrierte Viehstand Deutschlands ist in den letzten Wochen infolge der Futtermittelknappheit durch Viehschlachtungen weiter eingeschränkt worden. Die Wirkungen dieser Vorgänge werden sich erst im kommenden Winter in einer allgemeinen Einschränkung der Versorgung mit Milch, Butter und Fleisch äußern. Ein Ende der jetzigen Teuerungswelle ist vorläufig noch nicht abzusehen.

### Devisenkurs.

Berlin, 8. November.

Amthche Devisennotierung an der Berliner Börse.

	7. Nov.	8. Nov.
Amsterdam	100 fl.	104.80
B. Basel (Antwerpen)	100 Fr.	104.70
Constantinople	100 Kr.	4.15
Kopenhagen	100 Kr.	25.15
Stockholm	100 Kr.	33.15
Helsingfors	100 Finn. Mk.	34.40
Rom	100 Lire	124.75
London	1 £	122.85
New York	1 Doll.	18.71
Paris	100 Frs.	2197.50
Zürich	100 Frs.	354.20
Madrid	100 Pesetas	414.85
Wien	100 K.	8.43
Budapest	100 K.	26.87
Prag	100 K.	—

### Geldverkehr im Lübecker Hafen.

Dampfer Segler Schiffname Kapitän Vertriebsort Fahrzeit Tage etc.

Angekommen am 7. November.			
D.	Angelaß	Halle	Stettin
			8
Angekommen am 8. November.			
D.	Zollnach Walpus	Reisen	Kopenhagen
D.	Wolfsden	Andreas	Kopenhagen
D.	Emyra	Soergson	Antwerpen
D.	Ludwig Kolberg	Jacobson	Gotenburg
D.	Bürgermeister	Anderien	Kopenhagen
D.	Sturmogel	Schalz	Reichenhagen

Verantwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Veber, für Wirtschaft Lübeck und Heiligenstadt Hermann Bayer, für Partei und Gewerkschaften August Schulz, für Industrie Heinrich Steinberg, für Kunst Heinrich Steinberg, Druck von Friedrich Meyer & Co. in Lübeck.





**Henko**  
Henkel's Wasch-  
Bleich-Soda  
unverwundlich für Wäsche und Hausrat  
Hersteller: Henkel & Co. Düsseldorf

8771

**Die billigste  
Schuhbesoh-Anstalt**  
in und bleibt  
**Fünfhausen 7**  
Berarbeite nachweislich nur das beste Kernleder.  
(8770) E. Dittmer.

**Reell!**  
Die öffentlich höchst gebotenen Preise  
für Bruchgold, Bruchsilber,  
Platin, Gebisse, Brennstifte,  
Brillanten, alte Münzen,  
Pavlebruch  
samt u. mit und überbietet oft  
**Willi Westphal**, Uhrmacher u.  
Juwelier  
32 Holtenauerstr. 32 (8782)  
Besitz Abgabegebiet für Händler.

**Achtung! Markthallenstr. 9!**  
Durch Zufall: Billige Wurstwaren.  
Kottbuck Str. 12. — Wt., Sülze Str. 15. — Wt.,  
Geräucher Mettwurst Str. 22. — Wt., (8801)  
Pa. Salz Str. 20 Wt., Fleischwurst 18 Wt.

**Reine Schweine**  
werden durch Beigabe  
von  
**Aibit I**

in kurzer Zeit erzielt.  
Seit 15 Jahren bestens  
bewährt.

Es erhöht die Fleisch-  
vermehrung, verhindert Knochenweich-  
krankheiten, fördert die Verdauung,  
regelt die Verdauung,  
für Ferkel sowie für  
jüngliche Sauentiere von  
größter Wichtigkeit. Füh-  
rer, welche Aibit I zum  
Weichfutter erhalten,  
legen fleißig Eier!  
Bei Knochenweichheit aller  
Sauentiere hilft Aibit I  
sofort. — Zu haben in  
Lübeck bei G. P. Alm,  
Drogerie, Poststr.,  
Schwarze bei H. Hill-  
brand,  
Schlutup bei A. Thielbar,  
Drogerie, (8766)  
Carl Frick,  
Schönberg bei H. G. Sab,  
Drogerie,  
Travensbüde u. Hendorff  
(O.) bei G. M. Kröger.

**Dr. Meier,  
Moisling**  
zurückgekauft.

**Möbel**  
Schlafzimmer  
Speisezimmer  
Herrenzimmer  
Küchen (8772)  
äußerst billig  
Berein. Möbel-  
landhändler,  
Königsstr. 73,  
Ecke Drogenstr.,  
Fernspr. 641.

**Zur Schlächtere!**  
empfehle  
getrocknete Därme  
und Gewürze  
fein reißig (8777)  
Drogenhaus Marli,  
Hans Hornmann,  
Marlistraße 21c.

**Der Neue-Welt-Kalender  
für 1922**  
ist erschienen und zum Preise von  
3 Mk. zu haben in der  
**Buchhandl. Friedr. Meyer & Co.**  
(Lübecker Postbote), Johannisstr.

**Adlershorst** jeden Donnerstag:  
**BALL**

In Lübeck haben wir  
**20 000 Genossenschaftsmitglieder.**

Minimale Kosten infolge der Anwesen-  
heit der Organisation, dem Konsumieren  
für Lübeck und Umgebung um???

8802

**Sozialdemokr. Verein  
Lübeck.**

**8. Distrikt.**  
Mittwoch, den 9. November  
abends 7 Uhr  
im „Sumpfkrog“,  
Siegelstraße:  
**Versammlung**  
der tätigen Genossen.  
Der Distriktsführer.  
(B. Rogow.)

**4. Distrikt  
Heute**  
Montag, den 8. November  
abends 7 1/2 Uhr  
**Versammlung**  
bei Eggers,  
Stabenstraße 33.  
Der Distriktsführer.  
(Wengel). (8791)

**Schuhbesohlen**  
(Herren-, Damen- und Kinderstiefel)  
**mit der Hand**  
schnell, sauber, haltbar und billig. (8858)  
Schuhreparatur u. Stepperei. Moderner Warteraum.  
**Hülstraße 50. Robert Jentzen Hülstraße 50.**  
Fachmännische Bedienung.

**100 Mk. Belohnung!** (8789)  
erhalten Sie, wenn Sie beweisen, daß Ihre Lö-  
towitzungen, Warzen, Leberflecke und Fühner-  
ungen nach Anwendung ohne Säuren u. Stechen  
durch das Universalmittel „Loko“ nicht verschwin-  
den sind. Alleinverkauf: Frieur Helnr. Wiese,  
Regidienstraße 4.  
**Ausschnelden! Anzeige erscheint nicht oft.**

**Sozialdemokratischer  
Verein Lübeck.**

Mittwoch, 9. Nov., abends 7 1/2 Uhr  
im Gewerkschaftshaus

**Revolutions-  
Feier**

unter Mitwirkung des Chorvereins,  
Jrl. Friedhoff, sowie der Herren Heid-  
mann und Eizewsky vom hiesigen  
Stadttheater. Am Flügel: Herr Stekel.  
Musikalische Leitung: Herr R. Sulanke.  
**Festredner: Gen. Johs. Stelling.**

Preis einschließlich Steuer Mk. 3.—  
Programme im Vorverkauf im Sekretariat und  
bei den bekannten Genossen.  
Zahlreiches Erscheinen erwartet  
(8790) **Der Vorstand.**

**Kolosseum  
Ball**  
Jeden Mittwoch  
und Sonnabend  
Kasseneröffnung 6 1/2 Uhr.  
Heinrich Ohde.  
(8768)

**Luisenlust** Jeden  
Mittwoch: **Tanz.**  
(8780) Damen Eintritt frei.

**Gegen Wanzen, Flöhe und Läuse**  
Nimmt Riesolda nur der Weise:  
Augenblicklich wird gesund  
Tier u. Mensch u. Rat u. Hund.  
In 1/2 Stunde vernichten Sie unter Garantie Kopf-, Filz- und  
Kleider-  
sow. Brut (Niss.) Wanzen, Flöhe  
b. Mensch u. Tier „Riesolda“,  
g. gesch. Mitt. Wund. unsch. Verk.  
Herr: Helnr. Wiese, Regidienstr. 4.  
Preis 5 und 7,50 Mk. (8785)

**Öffentliche  
Wähler-Versammlungen**

Donnerstag, d. 10. Novbr., abds. 7 1/2 Uhr:

**Konzerthaus**  
**Friedrichshof** **Weißer Engel**  
Schwartauer Allee. **Rageburger Allee.**  
Redner: Senator O. Friedrich. **Redner: A. Haut.**

**Luisenlust** **Neulauerhof**  
Eichenburgstraße. **Arnimstraße.**  
Redner: A. Dreger. **Redner: A. Schulz.**

**Moisling** **Friedrich-Franz-Halle**  
Kaffeehaus. **Friedrichstraße.**  
Redner: Gustav Ehlers. **Redner R. Göhr.**

Zugsordnung in allen Versammlungen:

**1. Bürgerschaftswahl.**  
2. Freie Aussprache.  
Freitag, den 11. Novbr., abends 7 1/2 Uhr,  
**im Gewerkschaftshaus.**

Zugsordnung:  
**1. Vor der Entscheidung.**  
Redner: Dr. Leber.  
2. Freie Aussprache.  
Männer und Frauen, erscheint in Massen!  
**Das sozialdemokratische Wahlkomitee.**

An- und Verkauf.  
Kleidungsstücke, Fußzeug,  
Wäsche u. Bettzeug.  
**Karl Froesch,**  
(8767) Regidienstr. 6

**Revolutions-  
feier** (878)  
Sonntag  
12. Novbr.  
abds. 7 1/2 Uhr

**Versammlung  
im Gewerkschaftshaus**  
Der Vorstand.

Allgemeine  
**Ortskrankenkasse**  
in Lübeck.

**Außerordentliche  
Auswahl**  
der Vertreter

Donnerstag,  
17. November 1921,  
abends 7 Uhr.

in der Schiffergasse,  
Ging. Engelsg.

Tageordnung:  
1. Wahl des Vor-  
sitzenden des Aus-  
schusses und seine  
Stellvertreter.

1a. Wahl des Vor-  
standes.  
2. Wahl von 2 Aus-  
schußmitgliedern nach  
§ 99 Abs. 2 der  
Satzung.

3. Wahl des Rech-  
nungs- Ausschusses  
(§§ 110 Abs. 1. u.  
Abs. 2 der Satzung).  
4. Vorvertrag.  
5. Sonstiges.

Bei Behinderung des  
Ausschußmitgliedes wird  
der Vertreter zugezogen,  
wenn dies spätestens 3  
Tage vor der Sitzung  
bei der Kasse beantragt  
wird.

Die Ersahnmänner des  
Ausschusses der Kasse  
der Versammlung ab  
Zuhörer bewohnen.  
Lübeck, 8. Nov. 1921.  
Der Vorsitzende  
des Vorstandes.  
(8781) Joh. Körner.

**Hansatheater**  
Heute Dienstag,  
abends 7 1/2 Uhr  
**Der selige Balduin.**

Mittwoch, 7 1/2 Uhr  
**Ihre Hoheit —  
die Tänzerin.**

**Stadttheater Lübeck**  
Dienstag, 8. Nov. 7.30 U.  
Bunbury.

(Erst sein ist alles).  
13. Ab. Vorst. Wst. A.  
Mittwoch, 9. Nov. 7.30 U.  
Margarete. (Kauf).  
13. Ab. Vorst. Wst. A.

Donnerstag, 10. Novbr.  
7.00 Uhr. Brand.  
13. Ab. Vorst. Wst. A.  
Freitag, 11. Nov., 6.30 U.  
Stegfried.  
13. Ab. Vorst. Wst. A.



## Freistaat Lübeck.

Dienstag, 8. November.

Der 9. November

wird von der Lübecker Arbeiterschaft in erster Reihe gefeiert. Das Gewerkschaftshaus ist der Treffpunkt, an dem sich alle Männer und Frauen einfinden werden, denen die Verteidigung und der Ausbau der Republik heilige Aufgabe geworden ist. Den reaktionären und monarchistischen Verschwörern zum Trotz wird sich die sozialdemokratische Arbeiterschaft aufs neue geloben, jeden Versuch zur Beseitigung der November-Errungenschaften mit aller Macht zu bekämpfen. Noch sind wir nicht soweit, wie die Monarchisten denken, um die ungeheure Unterdrückung und die K. . . zu vergessen, mit denen uns die hohenzollernsche Sippschaft festsetzte und die deren Schweigedieder dem Volke immer wieder fester anschniedeten. Noch hat das Volk die Leiden des Krieges und dessen gewaltige Opfer, die auf seinen Schultern ruhen, im Gedächtnis. Und wenn die Rechtsparteien hundertmal ihre Schuld an den übermäßigen Opfern ableugnen, es wird ihnen nicht gelingen, auch nur einen einzigen aufrechten Menschen von ihrer Unschuld zu überzeugen.

Zu groß ist das Verbrechen jener Volksfeinde, jener Mitverantwortlichen an Not und Teuerung, an dem Elend des Volksganges.

Der 9. November muß zugleich auch eine Demonstration werden für die Bürgerschaftswahl, er muß dem vereinten reaktionären Maulheldentum den Beweis erbringen, daß es auch in Lübeck mit seiner Herrlichkeit zu Ende ist. Feige und hinterlistig geht der Mischmasch vor, versucht er die Einfältigen zu überlisteln, um nachher auf deren Rücken herumzutanzten.

Dieses volksgefährdende Spiel muß beendet werden. Der gemeinsame und unbeugsame Wille des Proletariats muß den Dunkelmännern beweisen, daß ihr Spiel endgültig verloren ist.

Die bisher Freudlosen, die immer Entbehrenden erkennen im 9. November die Geburtsstunde ihrer Freiheit. Und wenn heute, am dritten Jahrestage auch noch alles dunkel und trübe ist, sie fühlen es, sie wissen es, daß kein Widerwärtiger imstande ist, ihnen den Glauben an den Aufstieg und den endlichen Sieg zu rauben. Wir schauen vorwärts, wir schreiten voran, allen früheren Gewalten zum Trotz.

Auf ins Gewerkschaftshaus, feiert Euren Vorkämpertag, kraft und Regesbewußt!

## Warum drückt sich das Bürgertum?

Am Montagabend fand in der „Flora“ eine sozialdemokratische Wählerversammlung statt. Genosse Mehllein sprach vor überfülltem Hause. Mit logischer Konsequenz führte unser Redner die Entwicklung und die Hemmnisse der deutschen Republik unter besonderer Einbeziehung des lübeckischen Staates vor, schilderte die Arbeit der sozialdemokratischen Bürgerschaftsfraktion und verglich damit, was die vorrevolutionäre Bürgerschaftsmehrheit getrieben hat. Mit dieser letzteren wollen wir uns beschäftigen.

### Soziale Maßnahmen.

Während die sozialdemokratische Mehrheit unter Berücksichtigung der schweren Finanzlage die Wohnungsnot nach Möglichkeit zu heben bestrebt war, hat sich der alte Klügel um die Wohnungsnot des Volkes niemals gekümmert. Er hat nicht gewagt, unter günstigen Umständen die Straßenhäuser nach Travemünde und Strömkühhafen auszubauen. Er konnte sich nicht dazu aufschwingen, einer Stadt mit 100 000 Einwohnern eine Warmbadeanstalt zu errichten.

### Wahlrechtsraub.

Der vaterstädtische Klügel war ausgesprochener Feind jedes freien Wahlrechts. Er brachte es fertig, daß früher für die Sozialdemokratie kaum eine Möglichkeit bestand, einen Vertreter in die Bürgerschaft zu entsenden. Und als wir im Jakobiquartier den 428 bürgerlichen Stimmen 410 sozialdemokratische entgegenstellten, wurde das Wahlrecht schlangweg geändert. Arbeiter, kleine Beamte, Handwerker wurden entzweit. Einkommenssteuergrenze, langjährige Anwesenheitsdauer, Staats- und Bürgerrechte als Kiegel vorgehoben. 17 000 Wähler konnten 15 Vertreter, 3800 aber die übrigen 105 Vertreter entsenden. Und noch kurz vor dem Zusammenbruch des Klassenstaates doktrinierte eine Kommission an einem neuen Wahlrecht herum, das den Gelehrten, Industriellen, und Handelsherren die Vormacht sicherte, während man die schaffenden Stände mit je 4 Vertretern abspießen wollte.

Drei von dieser Wahlrechtsräuberkommission stehen heute auf den bürgerlichen Listen.

Es ist der Klempnermeister Bode, Dr. v. Broden, vom Bürgerbund Prof. Dr. Grube. Glaubt jemand ernsthaft, daß diese Herren und die hinter ihnen Stehenden heute ihren alten Wahn aufgegeben haben?

### Und wie steht es mit den Frauen?

Das Eintreten für Frauenrechte wurde in der Bürgerschaft als psychische Seuche bezeichnet. So verleumdete man die Frauen, die während des Krieges das ganze wirtschaftliche Leben aufrechterhielten. Noch kürzlich hat man hier in Lübeck den Frauen die Fähigkeit zum Schöpfen und Geschworenenamt abgesprochen. Das ist die Gesinnung der alten Patriarchengesellschaft, die es noch nicht begriffen haben, daß ihre alte Selbstherrlichkeit für immer vorbei ist.

Dies die Tatsachen. Genosse Mehllein kleidete sie in die folgerichtige Form der ganzen eigensüchtigen Interessenpolitik des alten Bürgerschaftsklüngels, der sich nicht an die Öffentlichkeit wagt, weil er sich seiner unerhörten Sünden bewußt ist, und weil die Neuaufgabe dieser spießbürgerlichen Reaktion den

### alter Zustand wiedererrichten will!

Die ganze Zusammensetzung der Einheitsliste grenzt an Verwerflichkeit. Demokraten begeben sich des letzten Restes politischen Selbstbewußtseins, verbinden sich mit den ausgesprochenen Monarchisten, und diese Verteidiger der Erzbergermörder, wiederum holen das Zentrum zu Hilfe. Alle zusammen segnen den Geldbeutel der großkapitalistischen Volksparteiler. Die Bürgerhändler stellen einen Pastoren an die Spitze, um die Frauen zu fangen und die Hausbesitzer versuchen auf Kosten der Mieter ihre Interessenpolitik unterzubringen.

Von diesem Kleeblatt hat das Volk nichts Gutes zu erwarten.

Die Versammlung erkannte dies ohne Ausnahme einmütig an und pflichtete dem Referenten darin im vollen Maße bei, daß nur eine sozialdemokratische Bürgerschaftsmehrheit das schlimmste Attentat der Reaktion auf die Volksrechte abwenden kann.

### Die Angriffe auf den Konsumverein

geprüffte sachkundig Genosse John. Er erklärte, es sei richtig, daß der Konsumverein Zucker verteilt habe, der 5,50 Mark pro Pfund gekostet habe. Es handele sich hier um einen Zwischenkauf von einer Fabrik, die dem Kartell nicht angehöre. Dieser Zucker sei aber in vielen Geschäften mit 7, 8, 9 Mark, ja sogar mit 15 Mark pro Pfund verkauft worden. Sobald der Konsumverein den Kartellzucker habe, der von einigen Kleinhändlern mit 4,80 und 5,00 Mk. für das Pfund verkauft würde, so dürfe man sich darauf verlassen, daß der Kleinhandel dann wieder, wie schon so oft, auf den Konsumverein schimpfen und beschimpfen werde, der Konsumverein sei zu billig. Diese Angriffe gegen den Konsumverein seien plumper Wahlschwindel, ausgelöst durch den Umstand, daß der Konsumverein die Ausnützung von Konjunkturgewinnen nicht in dem Ausmaß gestatte, wie es diese Herren wohl möchten.

Der kommunistische Redner, Roth, konnte trotz seiner Sachlichkeit keinen Eindruck erwecken, und zwei „Wilde“ beachteten nur, die Versammlung in die Länge zu ziehen. Genosse Henze machte auf das Bestreben der bürgerlichen Parteien aufmerksam, die sozialdemokratischen Führer herabzumüßigen und zeigte an einem Beispiel, wie z. B. die Größe der Hausbesitzer den Knebel zu drehen versuchen. Genosse Mehllein erläuterte zum Schluß noch die kommunistische Methode und forderte, wie der Versammlungsleiter Genosse Start alle Wahlberechtigten auf, für die Liste Gustav Ehlers zu stimmen. Die sieghaft gesaunte, aufs vortrefflichste verlaufene Versammlung bekräftigte diese Pflicht durch lebhaften Beifall.

## Frauen Lübecks!

Am kommenden Sonntag müßt Ihr zur Wahl gehen und den Mitschuldigen der Not und der Teuerung die Rechnung präsentieren. Diese sogenannten Aufbauparteien haben Euch billige und reichliche Wohnungsmittel versprochen und

eine unerträgliche Teuerung besichert. Ihr seid belogen und betrogen!

Wollt Ihr nun diesen salbungsvollen Phrasendreschern und Eigensüchtlern weiter glauben? Wahlmündige Frauen und Mädchen! Nur die Sozialdemokratie tritt für das Volkswohl ein. Deshalb wählt die Liste Gustav Ehlers.

## Jungfer Winchen und die Junggesellen.

Roman von Alice Berend.

42. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)  
Es war ein schöner Abend. Der See lag als schwarzes Stück Blei unter dunkeln Wolkenschichten. Überall rauschte Urwuchs, Gerausch, Geflüster. Blinzelnde Junikäfer leuchteten gerade so viel, daß man sehen konnte, wie dunkel es ringsum.  
„Ein Abend für Liebhaber“, sagte Wolfgang Apfel, als er sich verabschiedete. Mit keinem Wort hatte er sich nach den Lebensumständen der Brüder Mögele oder sonst jemandem erkundigt.  
Anton konnte nicht leugnen, daß etwas Unangenehmes in der Luft zu liegen schien.  
Seine Vermutung wurde Gewißheit. Zu Haus fand er Saphir im Bett. In höchem Fieber. Er warf sich hin und her. Überzeugt davon, selbst der Urständler zu sein, der ewig in Bewegung bleiben müsse. Kein Zureden brachte ihn davon ab. Er schien auch keine Ahnung davon zu haben, wer Anton war.  
Das hatte Anton nicht zu erleben gedacht, daß ihn Saphir einmal nicht mehr erkennen würde.  
Die ganze Nacht sprach er beglückende Worte. Flüsterte, daß er selber unausgesetzt mit der Taschenuhr umhergehen werde. Ein beweglicher Urständler sich also für die nächste Zeit erübrigen würde.  
Es war vorgeklärt. Saphir hörte ihn so wenig, wie er ihn sah.  
Anton hatte nie etwas von Märchen gehalten. Ihrer Verlogenheit halber. Aber er entsann sich, daß darin gewisse Tarnkappen erwähnt wurden. Die unsichtbar machten. Solche Märchenhaftigkeit wäre ihm jetzt beinahe angenehm gewesen. Durchaus vorziehbar einer Wirklichkeit, wo Saphir ihn mit offenen Karten anzu sehen nicht zu erblicken vermochte. Obwohl er sich über ihn beugte.  
Als der erste Hahn im Nachbarhaus ins erste Morgenlicht krächte, schlief Saphir ein. Diese plötzliche Ruhe des Kranken wirkte unheimlich. Anton legte seine Hand um Saphirs Puls. Wie eine feste Fessel, die jemanden eisern am Entfliehen hindern würde.  
Die Sonne hatte vieles schon wieder gut gemacht. Anton lagte es sich, als es nun lichter und lichter wurde und alle Gegenstände des Zimmers ihr gewohntes Aussehen zurückbekamen. Aber die Sonne erschien heute nicht. Die Himmelsstirn blieb in finsternen Tönen.  
Im Haus begann sich's zu regen. Jungfer Kathinka öffnete die Türen Sommertag für und Fenster. Ein Lachen klang über die schwebende weiche Straße. Der neue Tag mit neuer Lust.

Pflichten wurde regsam und immer regamer. Mit jedem weiteren Schritt des bewölkten Lichts.  
Bald hielt ihn Jungfer Kathinka für weit genug gelangt, um wieder ihr Lied anstimmen zu können.  
Deutlich mußte Anton hören:  
„Einst kommen Ewigkeiten,  
Wohl dem, der, wenn Tod winkt,  
Hat gut Gernach bei Leuten  
Und nicht wie Wanaker stinkt.“  
Anton wagte nicht, Saphirs Handgelenk freizugeben. Es war ihm nicht möglich, den Gesang zu verbieten.  
Er arbeitete in Gedanken einen Gesekentwurf aus, der solches unerhörte Eingreifen in das Leben anderer, wie es sich nicht zu hemmender Gesang bedeute, strengstens verbot. Nicht nur das. Mit den schwersten Strafen belegte. Jedem hatte genau angewiesen zu werden, wieviel Zeit am Tage er zu dieser lärmendem Tun verunglimpfen dürfe.  
Wer bei Kranken wacht, muß hoffen, daß sich die Natur selber hilft. Nach einer Weile schwieg Jungfer Kathinka von selbst. Sie widmete sich dem Frühstück.  
Anton versuchte zu überlegen, wie dieser Tag weiter gehen sollte. Ueber dieser Beschäftigung mußte er eingeschlafen sein. Jedenfalls ermachte er plötzlich. Die Zimmertür hatte sich leise geöffnet. Der Schulmeister steckte vorsichtig sein rösiges Kästchengesicht hinein. Er war besorgt gewesen, als sich heut morgen nichts über ihn hatte regen wollen im Zeitgehäule. Die Welt wollte doch nicht still stehen? Er hielt dies eher für möglich, als daß beide Brüder Mögele ihre Pflicht versäumen konnten. Er mußte sich noch ihnen umsehender, bevor er seine Schulkinder das Morgenlicht fangen ließ.  
Die Faltenläde unter seinen Augen überfüllten sich mit Güte, als er das Brüderpaar im Halbdunkel entdeckte. Durch wenige Zeichen hatte er verstanden, daß hier der Arzt geholt werden müsse.  
Doktor Kaspar hatte eine große Praxis. Keine Krankheit, die ihm nicht schon über den Weg gelaufen. Er kurierte sie alle nach einer Art. Er steckte den Patienten ins Bett und ließ ihn schlafen. Im Sommer erreichte man leichtes leichter als im Winter. Er hegte daher keinen Zweifel daran, daß der Sommer die gesündere Jahreszeit.  
Er konnte somit Anton schon beruhigen, bevor er das Krankenzimmer betreten. Herr Saphir hatte sich fraglos die günstigste Jahreszeit zum Kranksein ausgesucht.  
Er ließ sich die weiteren Umstände erklären. Daraufhin allerdings krabbelte er sich bedenklieh den Kopf. Es gibt immer wieder was Neues. Daß jemand an einer Erkrankung erkrankte, war ihm noch nicht begegnet. Er versuchte es zuerst mit Widerstand. Brauchte dagegen war, daß sich Herr Saphir, foveel ihm bekannt, sein ganzes Leben lang mit Erfindung beschäftigt, ohne daß es ihm jemals gelungen wäre.

Anton erwiderte, daß es sich um eine neue Erfindung handle. Die Saphir seit Tagen um den Schlaf gebracht.  
Dr. Kaspar schüttelte mißbilligend den Kopf. Im Wachsein das richtige Maß überschreiten, wäre natürlich ungesund.  
Unbehagen mußte Anton bemerken, daß sich die Züge des Arztes währenddessen nicht auflärten.  
„Unflauheit, Appetitlosigkeit“, wiederholte er streng. Bei jedem Leiden sei natürlich das Beste, wenn der Patient bei klarem Verstand und zum Essen aufgeleitet sei.  
Endlich ließ Anton den Arzt aus dem Bett des Bruders treten. Saphir sagte, daß er kein Elefant sei und sich jede Behandlung dieses Tierbändigers verbitte.  
Anton's Züge beleuchteten sich. Saphir entsann sich also des ärztlichen Vergleichs zwischen den Konstitutionen des Elefanten und der Gazelle.  
Als Saphir ein zweitesmal sagte, daß sich der elende Elefantentzücker entfernen solle, wandte sich Anton freudig schnell dem Arzte zu. Er sagte, daß Saphir bei vollem Bewußtsein sei.  
Dr. Kaspar lachte rasch nach Anton's Puls. Er betrachtete beide Brüder von gleicher Krankheit ergriffen.  
„Sie sind Zwillinge?“ fragte er.  
„Nie gewesen“, knarrte Anton ungeduldig. Er wünsche nichts anderes zu hören, als daß Saphirs Zustand vollkommen gesünder sei.  
Dr. Kaspar verließ das Krankenzimmer. Er hatte eine Schwirler verordnet. Dazu jedes Ausschalten der Gedanken, die mit der Erfindung in Verbindung standen. Den Krankheitsreger mußte man bekämpfen. Das war die erste Bedingung.  
Anton sagte, daß niemand solches Ausschalten erzwingen könne. Sichtbare Medikamente hätte er bevorzugt.  
Dr. Kaspar zog bedauernd die Achseln hoch. Er sagte, daß der Arzt allein nicht alles tun könne. Daß der Patient selbst und seine Umgebung mithelfen müßten.  
Mehr hatte er nicht zu sagen. Er blieb trotzdem noch einen Augenblick wartend stehen. Er war es gewohnt, ein Gläschen Wein vorgelegt zu bekommen. Seinen Patienten verbot er jeden Alkohol. Aber er war nicht sein Patient. Selbst wenn ihm Frau und Kinder erkrankten, holte er einen Kollegen. Er verschloß sich nicht der allgemeinen Ansicht, daß Liebe blind mache. Endlich erinnerte er sich, daß er hier keinen Weinbauer hatte kurieren sollen. Und verabschiedete sich.  
Anton hatte während dieser Wartezeit den Arzt hart im Auge behalten. Er beherrschte sich. Schließlich fragte er doch, ob der Arzt geögert, weil er ihn auf etwas Ernstes hatte vorbereiten wollen.  
Dr. Kaspar beruhigte ihn. Ein tüchtiger Arzt denke nie etwas Ernstes im voraus.



Der Herr von Glaser wurde mit vollem Erfolg für die Ge-  
hilfen beordert. Es wurde von uns vier Tage ohne Tarif ge-  
arbeitet, bis die Gehälter aller Kollegen sich und sie reinen Tisch  
haben wollten. Eine Einigung kam zwischen Arbeitgeber und  
Arbeitnehmer vorerst nicht zustande, jedoch am 5. 11. in den Streik ge-  
traten wurde. Nur durch Einigkeit aller Kollegen konnte der  
Erfolg erzielt werden. Eine Einigung kam bald zustande, die  
Arbeit wurde heute Dienstag wieder aufgenommen.

### Zentralverband der Glaser.

Die Herren im Gewerbetriebe. Die Herren müssen, wenn nicht  
die Arbeitgeber den Delegierten schriftlich erklären, auch nach dem  
15. November 1921 Herren zu gewähren, bis zum 15. November 1921  
abgeleitet sein. Den Entschluß des Gewerbegerichts werden wir  
morgen veröffentlichen.

Die höchsten Vertreter beim Reichsgericht. Vor dem  
Reichsgericht werden demnach die Verhandlungen stattfinden,  
die in Folge des Einspruchs des Reichsministers der Finanzen  
gegen Teile des Lübeckischen Beamtenbesoldungsge-  
setzes erforderlich geworden sind. Zu Bescheidern dieser Größe  
hat der Senat, wie wir hören, die Herren Rechtsanwalt Dr. Blü-  
cher und Laurat Neufeldt ernannt.

Konkursverfahren. Der Senat hat den zum Generalkonkurs ad  
interim der Republik Liberia ernannten Coarct. G. Cooper in  
Hamburg und den polnischen Konsul Alf. Goman in  
Hamburg auch für das Lübeckische Staatsgebiet anerkannt und  
ausgelassen.

### Schwurgericht.

Wegen Brandstiftung mußte sich am Sonnabend der  
Rathmann Bräun aus Sackwitz verantworten. Er wird be-  
schuldigt, am 17. August d. J. in seinem von ihm selbst nicht be-  
wohnten Hause Feuer angelegt zu haben. Er hat das Haus vor  
und einem Jahre für 6000 Mk. gekauft und mit 23 700 Mk. ver-  
kauft. Außerdem ist das Inventar und die Ernte, wovon zur  
Zeit des Brandes noch vieles auf dem Felde war, sehr hoch ver-  
schätzt. Die beiden in dem Hause wohnenden Familien hatten  
dagegen ihre Sachen weit unter Wert verkauft. Das Feuer  
brach früh morgens in einer auf der Diele stehenden Kiste aus,  
die mit Segras, Papier und Lumpen gefüllt und mit Heu zu-  
gedeckt war. Nicht daneben stand ein mit Heu beladener Wagen.  
Als eine Mitbewohnerin des Hauses von der Diele nach unten  
kam, entdeckte sie zu ihrem Schreck, daß die Diele voll Rauch war.  
Da außer ihr nur eine alte Frau im Hause anwesend war, ließ  
sie hilflos zu schreien. Diese, wie auch der bald hinan-  
kommende Bauer, ertranken nach längerem Suchen die Brand-  
herde unter dem Heuhaufen auf der Diele. Der unweit davon  
wohnende Angeklagte war inzwischen auch erschienen. Er eilte  
bei seinem Eintreffen sofort nach dem Heuhaufen und hatte die  
gänzlich verdeckte glühende Kiste heraus, worauf gleich aus-  
verlesene die Flammen emporschlugen. Das Feuer wurde sofort  
gestillt, so daß nennenswerter Schaden nicht entstand. Der Ver-  
schuldigte bestreitet, das Feuer angelegt zu haben. Die 14 Jurgen  
urteilten über die Entstehung des Brandes nichts Bestimmtes aus-  
zusagen. Einige wollten aber bei der Erklärung ein verdächtiges Ver-  
halten des Angeklagten bemerkt haben. Mehrere Jurgen er-  
klärten weiter, daß B. im ganzen Dorfe in höchstem Maße feind-  
lich und daß ihm Feindschaften zuzutrauen sei. Die Geschworenen  
bezeichneten nach längerer Beratung die Schuldfrage, worauf  
Freisprechung erfolgte. Der Beschuldigte befand sich seit  
Ende August in Untersuchungshaft.

Wegen Eitelkeitsverbrechen wurde am Men-  
tag gegen den Zimmerer Friedrichen verhandelt. Er hatte  
am 18. September d. J. auf einem Ball in Timmerdorf ein Mäd-  
chen kennen gelernt. Nach Schluß des Balles ließ er sie auf der  
Tafel des Angeklagten und beide fuhren in der Richtung nach  
Hemmelshof. Unterwegs schlug das Rad um und beide fielen  
in den Schuttgraben. Diese Gelegenheit ließ er dazu benutzen  
haben, um sich an dem Mädchen zu vergehen. Letztere wollte sich  
durch Schlägen und Kratzen und schrie laut um Hilfe. Auf das  
Geschrei kam ein Arzt herbei, worauf der Beschuldigte von seinem  
Opfer abließ, ohne die beabsichtigte Handlung auszuführen zu  
haben. Mehrere Jurgen erklärten, daß der Angeklagte feind-  
lich war. Der Staatsanwalt hielt aber nicht für eine Verur-  
teilung für vorliegend und trat für Freisprechung der Schuldfrage  
ein. Demgegenüber plädierte der Verteidiger wegen mangelnder  
Anwesenheit auf Freisprechung. Die Geschworenen urteilten die  
Schuldfrage, worauf der Angeklagte freigesprochen wurde.

Nachmittags wurde wegen Brandstiftung gegen den  
Kaufmann Bauer und dessen Ehefrau verhandelt. Er-  
reger wird beschuldigt, am 20. Juli d. J. in seinem Wohn-  
haus in Mariendorf bei Eutin Feuer angelegt zu haben. Der Ange-  
klagte gibt das zu, will aber infolge eines im Kriege erlittenen  
Nervenleidens nicht verantwortlich sein. Er hatte seine Sachen, die früher  
mit 17 000 Mk. veranschlagt waren, einige Wochen vor dem Brande  
mit rund 120 000 Mk. verkauft. Die beiden Ehepartner hatten  
die mit in dem Hause wohnenden, waren nicht verheiratet. Der  
Tod hatte B. seine Frau und sein Kind nach dem Feuer getötet.  
Auch war vor der Strafe ein Teil der Hausstände zu er-  
weiden verloren gegangen. Von der beiden Beschuldigten  
war einer am Abend, als das Feuer angelegt wurde, wachend  
fortgegangen. Der zweite Beschuldigte besetzte das Dienstzimmer  
zu ihnen in einem Nebengebäude wohnenden Eltern, kam aber  
abends wieder zurück. B. war also an dem betreffenden Ab-  
end einige Stunden allein in seiner Wohnung. Während dieser Zeit  
hat er an fünf verschiedenen Stellen runder Möbeln Gefährde mit  
Zementol geschüttet, darüber Holz und Papier gelegt und auf be-  
stimmten ein fremdes Licht angezündet. Darauf hat er alle  
Stellen verloschen, die Fenster verriegelt und in dem noch offenen  
gefahren. Als der Beschuldigte, der das Dienstzimmer besetzte,  
kam, wurde er von seinem Schläger durch den Angeklagten  
verhindert, daß die Feuerlöscher herbeigeholt werden. Er hat  
sich dann, wie der Angeklagte behauptet, in dem Zimmer  
hinter dem Schilde versteckt. Die Geschworenen urteilten die  
Schuldfrage, worauf der Angeklagte freigesprochen wurde. Die  
Geschworenen erklärten, daß der Angeklagte feindlich war.  
Der Staatsanwalt hielt aber nicht für eine Verurteilung für vor-  
liegend und trat für Freisprechung der Schuldfrage ein. Demgegenüber  
plädierte der Verteidiger wegen mangelnder Anwesenheit auf  
Freisprechung. Die Geschworenen urteilten die Schuldfrage, worauf  
der Angeklagte freigesprochen wurde.

Gebäude für erwerbsfähige Kapitalrentner und  
Kontingentsrentner sowie Gewährung von Unterstützungen an er-  
werbsfähige Witwen. Der Senat stellt folgenden Antrag zur Mit-  
bestimmung der Bürgergemeinde: Daß dem Reichsminister für den  
Reich des laufenden Rechnungsjahres 1. zum Zwecke einer planmäßigen  
Förderung für erwerbsfähige Kapitalrentner und Kontingentsrentner,  
insoweit sie nicht Erwerbsfähigkeit besitzen, eine Summe von 20 000 Mk.  
2. zur Gewährung von Kontingentsrentner an erwerbsfähige Witwen eine Summe von 20 000 Mk.  
3. zur Gewährung von Kontingentsrentner an erwerbsfähige Witwen eine Summe von 20 000 Mk.  
4. zur Gewährung von Kontingentsrentner an erwerbsfähige Witwen eine Summe von 20 000 Mk.  
5. zur Gewährung von Kontingentsrentner an erwerbsfähige Witwen eine Summe von 20 000 Mk.

fehlt eine Summe von 200 000 Mark zu dem gedachten Zweck zu  
überweisen. — Ein weiterer Senatsantrag fordert, daß die Be-  
züge der Altersunterstützungsempfänger und Empfängerinnen  
einschließlich derjenigen Personen, denen aus der Beamtenunter-  
stützungskasse eine laufende Unterstützung gewährt worden ist, mit  
Wirkung vom 1. April 1921 ab um 50 v. H. erhöht wird und daß  
die zur Ausführung erforderlichen Mittel von rund 20 000 Mk. auf  
Abchnitt XIX des diesjährigen Haushaltsplanes angewiesen werden.

Von der Altersbeschäftigtenfürsorge. Übertragung der  
Umanerkennung auf die Versorgungsämter. Das Reichsversicherungsamt hat, um die Durchführung der Um-  
erkennung nach Möglichkeit zu beschleunigen, vor kurzem an-



**Du mußt** am Sonntag zur Wahl gehen, weil es Pflicht  
ist jedes erwachsenen Menschen ist, im Gemeinde-  
und Staatsleben ein Teil der Verantwortung mitzutragen.

**Du mußt** am Sonntag wählen, wenn du seit dem  
12. August in Lübeck deinen Wohnsitz hast,  
20 Jahre alt und in die Wählerliste eingetragen bist.

**Du darfst** es nicht dulden, daß der Rückschritt durch  
eine Gleichgültigkeit auch nur eine Stimme  
mehr zählen kann.

**Du darfst** wie zu allen Zeiten die Reaktion mit hoch-  
trahenden Verordnungen kommt, und wie  
sie nach der Wahl diese verleugnet.

**Du erkennst** die Notwendigkeit demokratischen Auf-  
baus und Ausbaus aller staatlichen Verwal-  
tungsglieder.

**Du willst** nicht, daß die Strohpuppen der Monarchie  
wieder auf dem Siegerkranz gröheln und  
dir den Mund verzeihen.

**Du verstehst** die großmütigen Edelkrieger, die  
nur durch brutale Gewalt ihr saules  
Leben auf Kosten des Volkes sichern.

**Du fühlst** den Druck des Kapitals jeden Tag auf  
deinem Magen. Es ist der Verbündete der  
Militaristen und will dich völlig niederringen.

**Du ledest** unter Not, Teuerung und Steuern, während  
deine Widersacher frohleben, die Lasten auf  
dich abwälzen, den Staat ruinieren.

**Du fragst** bisher allein die Würde des Krieges und der  
Kriegesfolgen und bekämpfst als Lohn den Gohn  
der verarmten Rückschritter.

**Du verheißt** das scheiternde Dreigesirn der Bür-  
gergewalt, Gausararier und Ein-  
heimischer, des korrupten, politisch seigen Milchmaches und  
den Terror dieser Volksverächter, Volks-  
verderber, Volksunterdrücker, Wahlrechts-  
Kunde nur, wenn

**Du wählst** die Liste des wahrhaft schaffenden Standes,  
des Trägers der gesunden und gerechten  
Staatsidee. Das ist die Liste der

**Sozialdemokratischen Partei,**  
die Liste Gustav Ehlers.



## Zur Bürgerschaftswahl.

Küchlich.

Im Café von Diedelmann fand Sonntag eine öffent-  
liche Wahlversammlung statt, in der Genosse John  
Hör die wirtschaftliche Not und die Bürgerschaftswahl sprach.  
Hör betonte, es sei bezeichnend, daß die bürgerlichen Par-  
teien nicht den Mut hätten, auch einmal in öffentlichen Versam-  
lungen zu ihren verwerflichen Angriffen zu stehen. Man  
müsse sich daher auf die Wahlaufrufe fügen und diese einmal  
unterzeichnen. Besonders gern sprächen die Herren von ihrer  
Bürgermündigkeit. Hier sei zu erinnern, daß bei Beratung des  
Wahlgesetzes in der Bürgerschaft nur die sozialdemokratische  
Fraktion die Stellung des unteren Gruppen eingetreten sei. Neu  
in diesem Wahlkampf seien die Angriffe gegen den Kon-  
sumverein. Diese Verbraucherorganisation müsse doch sehr  
viel geleistet haben, wenn der Haß der Kleinrentner gegen den  
Konsumverein sich ständig steigere. Hier gelte aber, wie die  
Rede zeigen, das Wort von den Leuten, die das Böse wollen  
— den Konsumverein vernichten — und das Gute schaffen — im-  
mer weitere Kreise dem Konsumverein zuführen. — Die Ver-  
sammlung war mit den interessantesten Ausführungen des Referen-  
ten über die wirtschaftliche Zusammenhänge einverstanden. Die-  
ser stellte im Schlußwort fest, wenn diese Übereinstimmung an-  
hafte, müßten wir dem gemeinsamen Ziele: Befreiung aller  
Schaffenden aus der wirtschaftlichen Not, näher kommen.

Terremünde.

Eine öffentliche Wählerversammlung tagte am Sonntag im  
Katholischen Kirchenrat Genosse Mehrlein vermittelte einlei-  
tend auf die geheime Agitationsarbeit der Bürgerlichen und er-  
klärte dann die Wichtigkeit der Kommunalwahlen und der  
Kommunalpolitik. Ganz besonders wertvoll war die Rede der  
früheren Lübecker Schulverhältnisse. Für die höheren Schulen habe  
der Staat stets das Doppelte und Dreifache wie für die Volks-  
schulen aufgewendet. Mit der Einklassigkeit sei jetzt der Anfang  
gemacht, den begabten Kindern frei Bahn zu lassen. In der  
heutigen harten Zeit finanzieller Not sei nicht alles zu erreichen.  
Die Hauptgefahr des verlorenen Krieges hätten uns die Mittel  
gekostet. Unter den gegebenen Verhältnissen müsse weiter ge-  
arbeitet werden. Der Vorwurf der Bürgerlichen, bei denen die  
Kommunalpolitiker seien, nicht mehr geleistet zu haben, treffe da-  
neben. Die alte Landgemeindevormung sei durch eine neue, frei-  
willige ersetzt. Für die häuslichen Arbeiter sei zum 1. Januar  
1921 ein Lohnsteigerungsgebot gegeben, auf dem Gebiete des Woh-  
nungswesens manches verbessert worden. Unsere Mehrheit in der  
Bürgerschaft haben wir nicht zur Unterstützung der Minderheit  
überzeugt, für die Unbemittelten so viel als möglich herausge-  
holt. Weiter erinnerte Genosse Mehrlein an das schmachvolle  
Wahlvergehen, zeigte die Folgen der völligen Aufhe-  
bung der Zwangswirtschaft und bezeichnete sodann die realisten-  
ten Leuten, die sich um die Verwirklichung in der Bürgerschaft  
bemühen. Ein Wahlsieg würde jeder für die sozialistische Gemein-  
schaft bedeuten. Insbesondere dürften die Frauen sich nicht von  
dem Stimmengang der Bürgerlichen einlassen lassen. — In der  
Diskussion wurde der Kommunist Frank einzeln auf-

geordnet, daß die Umanerkennung für Beschädigte den Verfor-  
gungsämtern zu übertragen ist; durch diese Umstellung der Uman-  
erkennung werden gleichzeitig bei den Hauptverorgungsäm-  
tern Kräfte zur rascheren Erledigung der eingeklagten Uman-  
erkennung der Hinterlassenen gewonnen. Die Durchführung  
der Umanerkennung ist so geregelt, daß die Hauptverorgungsämter  
nach und nach die Versorgungsämter namhaft zu machen haben,  
die die beschädigten Bearbeitung der Rentenantragstellungen  
übernehmen sollen. Die Umanerkennung der selbständigen Verar-  
beitung auf alle Versorgungsämter muß jedoch bis spätestens  
zum 1. 1. 22. durchgeführt sein. Die den Hauptverorgungsäm-  
tern vorliegenden Akten sind bis zu diesem Zeitpunkt aufzu-  
arbeiten. Es ist bestimmt zu erwarten, daß die Durchführung  
des Umanerkennungsvorganges durch die Maßnahme wesentlich  
beschleunigt werden wird.

Schiffbruch. Der dänische Sealer „Margarethe“, der  
mit einer Ladung Kalkstein nach Roskilde ausfuhr, havarierte  
in Traneumünde mit einem Strompfeil. Das Schiff wurde leck  
und mußte mit Schlepptrossen nach Lübeck zurückgebracht werden.

ph. Der hiesige Polizeikommissar. Wegen eines bei einem Land-  
mann in Glödenberg angekommenen Einbruchsdiebstahls, bei  
welchem dem Täter eine Herrenuhr, eine leberne Handtasche und  
ein Paar Handschuhe in die Hände gefallen waren, wurde der  
Lübecker Polizeikommissar „Prinz“ mit seinem Führer, Polizeiwacht-  
meister Wille, in Anspruch genommen. Der Hund nahm am  
Tatort eine Spur des Täters auf und führte nach dem Hause  
eines in Dorfe wohnenden jugendlichen Arbeiters, den er ver-  
haftete. Letzterer gestand nach anfänglichem Leugnen ein, den  
Diebstahl ausgeführt zu haben. Die von ihm gestohlenen Sachen  
sind er einem in Radeburg wohnhaften Komplizen übergeben  
haben. Letzterer konnte inzwischen ermittelt werden. Beide  
Missetäter wurden hierauf festgenommen.

### Hinweis auf Versammlungen, Theater usw.

Achtung, Betriebsräte, Betriebsobleute, Wanddelegierte.  
Den Betriebsräten, Betriebsobleuten und Wanddelegierten der  
Arbeitsgemeinschaft Dreyer, die Mittwoch über das Betriebs-  
rätegesetz Unterricht erhalten, hiermit zur Kenntnis, daß morgen  
Mittwoch, den 9. November, der Unterricht infolge der Revolutions-  
feier ausfällt. Die ausfallenden Stunden werden in der nächsten  
Woche nachgeholt.

Verein „Arbeiterjugend“. Am 9. November sind unsere  
Sänger abgefahren. Unsere Mitglieder erhalten unter Vorzeigung  
des Mitgliedsbuches Karten zu halben Preisen für die Revolutions-  
feier des Sozialdemokratischen Vereins.

### Angrenzende Gebiete.

s. Landesteil Lübeck. Zur Landesausschuhwahl  
Unter gewaltigen Geburtswehen hat nun endlich auch die Ein-  
heitsliste für den Landesausschuh des Landesteiles Lübeck das  
Licht erblickt. Nimmers, was! Monstrum! Wer mag wohl  
der Vater von „bet Jange“ sind? Ich glaube die älteren, erfah-  
renen Mitglieder des Ausschusses, z. T. Leute mit parlemen-  
tarischer Erfahrung, werden ihr großes Lodenhaupt schütteln, soweit  
sie noch Loden haben und bekennen: „Ne, diese Strohtruppe gegen  
die perf. . . Sozialdemokratie ist überhaupt keine Strohtruppe,  
höchstens eine Umstohtruppe.“ Na, wenn man hört, wie die Zensur  
dieses Kindes vor sich gegangen ist, dann wundert einen  
dieses Ratschloßbild nicht. Dann wundert einen überhaupt nicht,  
aber das kommt eben beim Ausnobeln immer raus! Auffal-  
lend ist an der Liste, daß Namen wie Eulers-Hallendorf ganz  
fehlen und Hattenbach-Schwartau an 16. (!!!) Stelle steht. Sie  
sind ja beide politisch unsere Gegner, aber das wollen wir hier  
einmal als ehrliche Männer und anständige Gegner, die mit saub-  
eren Ringen fechten, aussprechen: Der erstere ist zwar ein  
Agrarier, aber ein anständiger Charakter mit einem oft in sol-  
chen Kreisen seltenen sozialen Gewissen, und dem zweiten stellen  
wir mit dem „Kritikus“ im Schwarztauer Moniteur das Zeugnis  
aus, daß er „mehr gearbeitet hat, als sie (d. h. die andern 25)  
alle“ und daß ihm in Sachen der kommunalen Verwaltung seiner  
das Wasser reichen kann. Sehn Sie, so ehrlich sind die verd. So-

führungen des Referenten zu kritisieren. Er wurde aber im  
Schlußwort vom Genossen Mehrlein treffend widerlegt.

Krummewe.

In einer recht gut besuchten Wähler-Versammlung sprach  
hier am Sonntag nachmittags Genosse Henze über die bevor-  
stehende Bürgerschaftswahl. Seine Ausführungen über die  
Tätigkeit der jetzigen Bürgerschaft und die Haltlosigkeit der An-  
griffe der gegnerischen Parteien wurden mit großem Interesse  
und Beifall aufgenommen. In der Aussprache wurde die Grün-  
dung einer Ortsgruppe des Sozialdemokratischen Vereins an-  
geregt und mancherlei Wünsche und Beschwerden der Landarbeiter  
zur Sprache gebracht.

Moorgart...

Am Sonntag fand auch hier bei uns eine öffentliche Wähler-  
versammlung statt, die trotz des schlechten Wetters noch ganz leich-  
lich besucht war. Gen. Gühr-Lübeck hatte das Referat über-  
nommen. Er beleuchtete das frühere Schandwahlsystem und  
hat hervor, daß, nachdem durch die politische Umwälzung die  
alten Machtverhältnisse beseitigt sind, alle Männer und Frauen, die  
das 21. Lebensjahr erreicht haben und drei Monate im Staate  
Lübeck wohnen, berechtigt sind, zu wählen. Der Referent ging  
dann auf die Ursachen der außerordentlichen Teuerung zu-  
berührt, die durch den verlorenen Weltkrieg hervor-  
gerufen sind, dessen Verschulden die Heerführer trifft. Er be-  
handelte sodann die verschiedenen Vorschlagslisten und die Tendenz  
der einzelnen Parteien und empfahl, am 13. November nur die  
Liste zu wählen, deren Partei die politischen Freiheiten garan-  
tiert und auch den Felsblock darstellt, auf dem die Republik ruht.  
Das ist die Liste der sozialdemokratischen Partei: Liste Gustav  
Ehlers.

Eiertstade.

Trotz strömenden Regens hatte sich eine ansehnliche Wähler-  
schaft im Ratschen Lokale eingefunden, um ein 1 1/2stündiges  
Referat des Genossen Otto Wassarg-Lübeck über die Bürger-  
schaftswahlen anzuhören. Der Referent behandelte eingehend  
die lächerlichen Verhältnisse, unter denen die Bürgerschaft hat  
arbeiten müssen, was sie trotzdem geleistet hat und welche Auf-  
gaben der kommenden Bürgerschaft bevorstehen. Ferner nahm er  
die um die Stimmen der Landbevölkerung huldenden bürge-  
rischen Listen unter die Lupe und rügte die Liste der Kommunisten  
in das rechte Licht. Eine Aussprache fand nicht statt, da die an-  
wesenden Vertreter bürgerlicher Parteien sich in den Schmal-  
winkel verzogen und den Kommunisten wohl das Wetter zu  
schickte war. Mit einem freudig aufgenommenen Appell, am  
13. November die Liste Gustav Ehlers zu wählen, wurde die  
Versammlung geschlossen.

In Rüsse trübten Genoss Dentr und in Dänisch  
burg Genoss Frost vor sehr gut besuchten Versammlungen  
Gegner geloben sich nicht zum Wort.







Reise oder gar parteipolitische Verneinung ist meistens ein Drehen im Kreise. Es kommen gewöhnlich nur die Freunde und Anhänger derselben — und doch will man ja eigentlich durch die Vorträge gerade die Gleichgültigen und bisherigen Gegner überzeugen. — Deswegen werden Vorträge verankert in Form von Unterhaltungsabenden, durch Verbindung von Ernstem und Heiterem. Das Neue unserer Arbeit liegt nicht nur darin, in dem ersten Teil anstatt dramatische Vorträge, ernste Reden usw., einen Professorensatz über die sozialen Fragen der Zeit, natürlich unter volkstümlichen Titel, zu bringen, der zweite Teil unseres Programms humoristisches. Die Verbeitelle veranstaltet nicht nur Vorträge, sondern vor allem hilft sie berufsmäßigen, bekannten ersten Künstlern im ganzen Reich bei der Zusammenstellung der Programme und der Überwindung der Schwierigkeiten aller Art, die sich den Veranstaltungen von Vorträgen und Herstellung von Drucksachen entgegenstellen. — D. Kino. Gewinnung von Einfluss auf die Herstellung und den Vertrieb der Filme, sowie Sicherstellung der Ausführungen solcher Filme, die zu obigem Programm passen.

Zweck der Propaganda ist, den Glauben an die Unschwankbarkeit der sozialistischen Theorien zu stärken. Die Arbeiter und Angestellten müssen also die Augen offen halten. In Gastwirtschaften, Cafes, bei Vorträgen und im Kino, im Buchhandel und beim Einkauf von Romanen und Schriften, überall wird ihnen die verkappte Propaganda der Werbestelle zur Erhaltung des freien selbständigen Unternehmertums entgegengetreten. Es gibt, diese laubhaken Unternehmerrplan in den weitesten Kreisen der Arbeiterschaft zu verbreiten. Nur dann ist Aussicht vorhanden, daß auch dieser neue Plan zur Korruption der öffentlichen Meinung geseht.

Ende des Besten Kellnerstreiks. Durch den Spruch des paritätischen Schiedsgerichtes, der in der Nacht zum Sonntag gefällt wurde, ist nach fünf Wochen Dauer der Streik im Gastwirts-gewerbe beendet. Die Frage der Kellnerentlohnung ist danach grundsätzlich dergestalt entschieden worden, daß der Kellner einen Grundlohn erhält. Dieser Lohn wird in einem als Zuschlag bezeichneten 10prozentigen Aufschlag erhoben. Das Trinkgeld fällt vollständig fort, wobei nur zu wünschen bleibt, daß die Kellner sich auch wirklich daran halten.

### Aus aller Welt.

Sturm und Schnee. Außerordentlich schwere Lawetter sind im Laufe des Sonntags in Südwestdeutschland niedergegangen. Ein orkanartiger Sturm fuchte den Schwarzwald, die Rheinebene, ganz Baden und Württemberg heim. In Begleitung des Sturmes gingen heftige Gewitter nieder. Die Telegraphen- und Telephonleitungen wurden in Baden, Württemberg und Bayern zum größten Teil unterbrochen. Besonders großen Schaden haben die Annetten in den Schwarzwaldbergen angerichtet, wo zahlreiche große Bäume entwurzelt und Dächer der Schwarzwaldhäuser abgedeckt wurden. In den Bergen selbst ist bis auf 9000 Meter herab Neuschnee gefallen. — In den frühen Morgenstunden herrschte in Hannover heftiges Schneegestöber bei starkem Winde, aber mäßiger Temperatur. In den Fernsprechanlagen sind Störungen aufgetreten. — Durch einen orkanartigen Sturm wurde in Düsseldorf großer Sachschaden verursacht. Dächer wurden zum Teil abgedeckt, Fensterrahmen herabgerissen und viele Schaufenster-scheiben eingedrückt. Der in Köln wütende orkanartige Sturm verursachte völlige Unterbrechung der Telegraphen- und Fernsprechanlagen nach allen Richtungen. Das Unwetter störte auch den Eisenbahnverkehr in empfindlicher Weise. — Am Mittelrhein haben den ganzen gestrigen Tag über schwere Gewitterstürme mit Hagel und wolkensbruchartigen Niederschlägen geherrscht. In Mainz ist ein gefährlicher Blitzsturm kurz vor der Vorlesung eingestürzt. Im Rheinland bestehen nach Südb., Mittel- und Norddeutschland zu zahlreiche Telegraphenstörungen.

Ein Dampfer im Sturm untergegangen. Aus Helsingfors wird gemeldet: In Sturm und Schneereiben kenterte vor der Hafeneinfahrt der Dampfer „Kustami“ aus Abo. Er hatte insgesamt 30 Personen an Bord, von denen nur zwei noch lebend an die Küste geschütt wurden. Die übrigen 28 Passagiere sind ertrunken.

Neue Hubschrauber vom Sturm. Der deutsche Schoner „Keston“ ist bei Scharhöfen gesunken. Das Schiff ist mitten durchgezogen. Die Mannschaft konnte gerettet werden.

### Allerlei Wissenwertes.

OK. Der größte Leuchtturm der Welt. Die stärkste Lichtent-wicklung wird der neue Leuchtturm aufweisen, den die Franzosen

Regierung auf dem Gipfel des Mont Africa, etwa 10 Kilometer von Dijon entfernt, für den internationalen Flugdienst er-zichtet. Das Leuchtfeuer, das den Verkehr zwischen Paris und Italien sowie Alger und dem Süden überaupt regeln soll, hat eine Lichtstärke von einer Million Kerzen; es bestrahlt acht Linien, die ihr Licht über mehr als 300 Kilometer hin werfen können. Man will auch in Le Bourget einen Lufthafen schaffen, der den bisherigen größten Flugplatz in Europa, das englische Croydon, übertreffen soll.

### Neue Bücher.

Synoptische Geschichts-Tabellen 1500—1920. Ladenpreis 45 M. Franz Schneiders Verlag, Berlin-Schöneberg. Im Gegensatz zu der bisher üblichen Vermittlung einseitig, lüdenhaft und tendenziös zusammengestellten Stoffes muß der neue Ge-schichtsunterricht alle entwickelnden Strömungen und verknüpfen-den Fäden des wirtschaftlichen, sozialen und geistigen Lebens im-nationalen und Weltgeschehens, auch die der inner- und außer-politischen Bestrebungen und Auswirkungen darlegen. Erst das Zusammenlesen all dieser untereinander beeinflussend verbun-denen Kanäle, das Erkennen der ursächlichen Zusammenhänge und der daraus nach den verschiedenen Richtungen entstehenden Folgen schafft objektive geschichtliche Erkenntnis und das rechte tiefgegründete staatsbürgerliche Verantwortlichkeitsbewußtsein, das Fundament des Volkstaates. Das vorliegende Buch gibt dem Lehrer aller Schularten das Mittel für diesen neuen Ge-schichtsunterricht in die Hand, wissenschaftliche Arbeitsgemein-schaften von Lehrern und Studenten werden es nicht erhehren können, historisch interessierte Gebildete werden nicht darauf ver-zichten wollen; man wird es für jede öffentliche Bibliothek an-schaffen müssen. Konrad Henrich, Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung a. D. urteilt über die „Synoptischen Tabellen“ u. a.: Als Ganzes ist das Werk, seine richtige Verwen-dung vorausgesetzt, ein überaus wertvolles Hilfsmittel für den Geschichtsunterricht in der Republik. Es stellt zum ersten Male für Lehrer und Schüler eine ganz neue Grundlage dar für die Betrachtung des historischen Geschehens und es fahrt den Be-zug der Historie für Lehrer und Lernende auf unseren höheren Schu-len zum ersten Male so weit, wie er gefahrt werden muß.

Der Schluß von Volkshägen. Die Geschichte eines Dorfes von Gustav Schröder. Verlag von Quelle u. Meyer, Leipzig. Preis 28 M. Der Verfasser versteht das Erzählen und er hat hier im norddeutschen Buch tief in hartköpfige Bauernschädel hin-eingeblickt. Sein Schluß ist ein zäher Mensch, der mit anteo-borenem Fanatismus sein Ziel verfolgt; sich selbst in harter Ar-beit ein Lebensnetz zu errichten und nebenbei die verflochtenen Bauern von Schnapskeule und sicherem Untergang zu befreien. Eine ekle Sache, Haus und Hof gegen unmwürdige Mächte zu ver-teidigen, Liebe zur Scholle und Arbeitsfreude zu wecken. Die Sandlung ist spannend, die Sprache knapp und kernig. Aber es ist konservativ gerichtete Bauernsprache, die an den Bismarck glaubt und an den Kriegerehren und die den Bauerngrundbesitz vertritt, daß es gut sei, etwas auf Hypothek zu stehen zu lassen, der Steuern wegen. Das unbedeutend nach rechts gerichtete Werk läßt den unersättlichen Genuß uralter Bauernmühen nicht voll auswirken, die Schlichtheit und ein fromm Gemüt wehrt im Ausklang der Geschichte gegen den Geist der Unruh und läßt be-denksame Schatten auf dem an sich respektablen Dorfschulzertins zurück.

### Sport.

Leistungsmessung „Die Naturfreunde“, Ortsgruppe Lübeck. Carl Schuster, Obmann, Geberdesstraße 36; D. Henden, Kassierer, Vereinsstraße 4. Monatsprogramm für November. 9. 11. Mit-glieder-Versammlung 7 1/2 Uhr. 13. 11. Wegen Wahl keine Tour. 16. 11. Tagesstour nach Schwartau, Himmelsdorf, Abf. 7.40 Bahn-hof, Ffr. Schuster. 20. 11. Morgenwanderung durch das Lauer-holz. Abm. 8.00 Burgtorbrücke, Ffr. Mollenhauer. 26. 11. Konzert der „Fahrenden Musikanten v. 1915“, Hamburg, 7.30 Gewerkschaftshaus. 27. 11. Wanderung nach Travemünde unter Mitwirkung der „Fahrenden Musikanten“, 9.47 Geibelplatz. 4. 12. Besuche Moor, 1.30 Burgtorbrücke, Ffr. Riemüller. 6. 12. Kletterübung. Gruppe für Rollstühle und Spiele. Leiter: Paul Seiffert, Heimstätten 49. Jeden Freitag abend Neben der Reigen-tänze in der Turnhalle des Lehrer-Seminars, Langer Loßberg 20, von 8—10 Uhr. — Musikgruppe. Leiter: Karl Henze, Hanfa-straße 180. Jeden Donnerstag von 8—10 Neben (Mandoline und Gitarre) im „Münch-Kaffee“, Unterzone 100. — Turn-

Flammengruppe. Leiter: Fritz Langsdorf, Fadenburger Allee 33. Jeden Sonnabend 9 Uhr Zusammenkunft bei Wulkmann, Gledens-gießerstraße 1.

### Statistik der Lebensmittelpreise in Lübeck.

nach den Ermittlungen des Statistischen Amtes vom 4./5. November 1921.

Ware	Reinheitsgrad			Reinheitsgrad		
	hoch	mittel	niedrig	hoch	mittel	niedrig
<b>Wurst u. Fleischwaren</b>						
Rindfleisch: Kochfleisch	1800	1600	1000	80	70	50
Bratfleisch	1500	1700	1100	80	100	60
Bratfleisch: Kochfleisch	1800	1600	1100	80	70	50
Bratfleisch: Bratfleisch	1200	1300	1100	120	200	120
Gammelfleisch: Kochfleisch	1500	1300	1100	190	180	150
Bratfleisch	1400	1500	1200	120	150	120
Schweinefleisch: Kochfleisch	2000	2100	1800	90	100	80
Bratfleisch	2000	2200	1900	90	100	80
Bratfleisch: Bratfleisch	600	600	500	50	50	40
Bratfleisch: Kochfleisch	800	900	800	80	100	70
Bratfleisch: Bratfleisch	2000	2000	1800	80	100	70
Leberwurst I	1600	1800	1000	—	—	—
Leberwurst II	1600	1800	1000	—	—	—
Mettwurst: gefärbte	2000	2000	1400	—	—	—
geräucherte	2000	2000	2000	—	—	—
Speck: geräuchert, hiesiger	2600	3000	2800	200	400	100
fremder	2200	2400	1800	50	80	40
<b>Molkereiprodukte, Fette</b>						
Butter	900	400	900	—	—	—
Schmalz, 1. Alter	140	140	140	—	—	—
2. Alter	1800	1600	1200	—	—	—
Margarin	4000	4100	3800	—	—	—
Margarin	2000	2500	1600	—	—	—
Schmelzwachs	2800	2900	2800	—	—	—
Öl, Stroh	820	820	800	—	—	—
<b>Getreide, Mehl, Hülsenfrüchte, Kolonialwaren</b>						
Stroggenarobrot	171	217	171	—	—	—
Weizenbrot	192	248	192	1050	2000	1400
Emmer	838	838	838	1800	1600	1600
Weizenmehl	450	500	575	1400	1400	1400
Weizenmehl	700	750	600	900	900	900
Weizenmehl	480	480	850	700	800	700
Weizenmehl	450	500	420	600	500	500
Weizenmehl	480	600	400	—	—	—
Weizenmehl	490	480	400	800	800	800
Weizenmehl	400	480	820	—	—	—
Weizenmehl	400	600	800	850	450	550
Weizenmehl	500	580	400	500	500	500
Weizenmehl	450	500	380	250	350	200
Weizenmehl	500	850	450	2000	2000	2000
Weizenmehl	520	540	100	400	400	350
Weizenmehl	500	500	420	—	—	—
Weizenmehl	400	4800	2000	—	—	—
Weizenmehl	3200	4000	2400	—	—	—
Weizenmehl	380	510	350	900	900	750
Weizenmehl	35	50	30	700	700	700
Weizenmehl	190	210	120	2300	2000	2300
Weizenmehl	—	—	—	1400	1400	1400
<b>Öle und Öle</b>						
Öl	420	420	800	—	—	—
Öl	—	—	—	—	—	—
Öl	—	—	—	—	—	—
Öl	70	50	70	2750	2750	2750
Öl	80	100	80	3200	3200	3200
Öl	100	120	100	2780	2780	2780
Öl	500	700	400	2275	2275	2275
Öl	300	450	200	1550	1550	1550
Öl	300	450	200	150	150	150
Öl	300	300	250	450	450	450
Öl	70	60	70	700	725	650

### Geschäftliches.

Neue Wege der Wärmewirtschaft. Ein sehr wichtiger Faktor, der die Kohlenknappheit illusorisch macht, ist der bei der Firma G. Krach, Lübeck, Gledengießerstraße 50, ausgestellte und dargestellte Ofen „Thermidor“. Der Ofen, auch als Herd lieferbar, bietet in jeder Beziehung das Vollkommenste, was auf diesem Gebiet erdacht worden ist. Die Füllung des Thermidor geschieht nicht an seinem Standort, sondern an den Lagerstellen des in Frage kommenden Brennmaterials, wie Sägespäne, Sägemehl, Torfmüll usw. Der gefüllte Zylinder wird in den Ofen eingelassen und durch ein kleines Stück Papier zur Entzündung gebracht. Schon nach wenigen Minuten erzeugt derselbe eine beträchtliche Wärme, wie sie von keinem bisher gezeigten Ofen erreicht worden ist. Eine einmalige Füllung genügt, um ein Zimmer auf die Dauer von 10—12 Stunden in geheiztem Zustand zu erhalten. Neben dem Vorzug der billigen Heizkosten ist seine unbedingte Sauberkeit hervorzuheben. Die Fa. Krach sorgt für das erforderliche Brennmaterial.

Sonntag früh 2 1/2 Uhr wurde unter lieber Sohn, mein innigstgeliebter Bräutigam, unter lieber Bruder, Schwager und und Onkel

## Wilhelm Röther

im 21. Lebensjahre von seinem langen Leiden durch den Tod erlöst.

Tief betrübt und schmerzlich vermisst.

Im Namen aller Hinterbliebenen

Familie H. Röther.  
Käthe Hammel.  
Familie Hammel.

Bestattung findet Donnerstag nach-mittag 2 1/2 Uhr von der Kapelle des Wor-mweiser Friedhofes aus statt. (8795)

Einige Stühle, gut Rechen, Gausarbeit, zum 15. Novbr. gesucht.

Dr. Meier, Müsting. (8778)

Noch sucht Konditor-Volontär-Stellung evtl. im L. Café, wo zugleich Bedienung d. Gäste. (8806) Ang. u. S. W. a. b. Exped

Ein weiterer Zeitungsverkäufer bei hohem Verdienst zu sofort gesucht.

Lübecker Holzbofe, Johannstraße 46.

Ein Mann, gut möbliert Zimmer Nähe Burgstr. Ang. unt. 6 & an die Exp. (8814)

Ein 21. D. Gummi-Dr. a 40 ME. Barends-straße 33. I.

Ein 110. - 2 Spig-n-blut. v. Mollstr. 19. I. Mittw. ab 5 Uhr. (8776)

Ein 110. - 2 Spig-n-blut. v. Mollstr. 19. I. Mittw. ab 5 Uhr. (8776)

Ein gr. gutgef. Ferkel billig zu verkaufen v. 100 M. an. (8800) Drögestr. 17.

Ein gr. Ferkel billig zu verk. (8798) J. Kläwer, Schwartauer Allee 193.

Ein gr. saubere Kar-toffelschale z. E. gesucht. Ffr. 10 M. F. W. Tietz, Frl. 24.

Ein 3000 M. als sich Sponsibel zu sofort. Ang. u. K. L. an die Exp. (8785)

Ein 3000 M. als sich Sponsibel zu sofort. Ang. u. K. L. an die Exp. (8785)

Ein neues Buch für junge und alte Sozialdemokraten

## ES KLINGT IM STURM EIN ALTES LIED

von JULIUS BRUHNS

herausgegeben zum 70. Geburtstage Hermann Molkenbuhrs

Selbsterlebte Geschichten aus der Sturm- und Drangzeit der Partei

PREIS 14.- MARK elegant gebunden

Zu beziehen durch die

### Buchhandl. Friedr. Meyer & Co.

Johannisstraße 50.



Ein Mann in einem Anzug hält ein Glas Urbin.

## Urbin?

Das ist die Frage, Diebest-leipenmölware

Schmeckt Urbin überall zu beziehen

Terpenölnur-Ware in Dosen mit Bänderchen

### Beitragsmarken

für Vereine, Gewerkschaften

fertigt an u. liefert prompt, preiswert und in jeder Ausführung

### Buchdruckerei Friedr. Meyer & Co.

Johannisstraße 46.